

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Verschiedl. täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnet-
 zelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereine,
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Kernsprecher: Rindl, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 6. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Eine Stichprobe.

I.

Aus Schlesien wird uns berichtet:
 Die Unzuverlässigkeit des Materials der berüchtigten
 „Denkschrift“ zum Zuchtstrafgesetz tritt besonders kraß hervor
 bei den aus Oberschlesien beigebrachten Mitteilungen. Daß
 die Regierung ein besonderes Interesse an dieser Gegend hat
 — mehr als 20 Stellen behandelnd Oberschlesisches — ist sehr
 erklärlich. Wer weiß im allgemeinen viel von Ober-
 schlesien; wer kann die Berichte der Regierung rektifizieren?
 Vielleicht dachte die Regierung: wenn Streikerzelle
 aus einem so frommen Lande wie Oberschlesien
 berichtet werden, so müssen unsere Mitteilungen ganz
 besonders beweiskräftig sein. Hat sie so gedacht, dann
 hat sie sich sehr getäuscht. Eine eingehendere Betrachtung
 der Nachrichten über die ober-schlesischen Streikvergehen — es
 handelt sich fast ausschließlich um die Streiks der Bergleute
 im Jahre 1897 — ergibt zweierlei: erstens die Thatsache,
 daß die Berichte der Denkschrift aus Oberschlesien in hohem
 Grade unzuverlässig sind, zweitens, daß die unangenehmen Vor-
 gänge, wären sie auch der Wahrheit gemäß berichtet, nichts
 weniger beweisen würden, als die Notwendigkeit neuer Aus-
 nahmemassregeln gegen die organisierte Arbeiterschaft, daß
 sie in Wirklichkeit die Notwendigkeit beweisen, den Organi-
 sationen der Arbeiter freien Spielraum zu gewähren.

Das Jahr 1897 war für den ober-schlesischen Industrie-
 bezirk ein streikreiches Jahr. Das Streiken begann im März,
 bezeichnenderweise auf einer Grube des Grafen Ballestrem,
 „Wolfgang“, und dauerte mit fürzeren und längeren Unter-
 brechungen bis tief in den Herbst hinein. Ein völlig klares
 Bild über diese Streiks zu erhalten, war seiner Zeit fast un-
 möglich und ist natürlich heute noch viel schwieriger als
 damals. Das kommt daher, weil die Streiks fast sämtlich
 nicht im Innern des Industrie-Reviers, sondern an dessen
 Peripherie ausbrachen, die den Führern der organisierten Ar-
 beiter damals noch ziemlich unzugänglich waren, und
 weil die Polizei mit äußerster Sorgfalt darüber
 wachte, daß keiner von diesen Führern einen Streikort
 betrat. Sofortiger Verhaftung und sonstiger noch viel
 schlimmerer Unannehmlichkeiten hätten sich die „Heer“ aus-
 gesetzt, wenn sie die Streikorte betreten hätten, sie hätten den
 Streikenden nicht helfen können und hätten zur Verbreitung
 des tendenziösen Märchens von der „Verhehung“ nur will-
 kommenen Anlaß gegeben. Die Thatsache, daß an keiner der
 fast zwei Duzend der Stellen in der Denkschrift über Streiks
 in Oberschlesien von socialdemokratischer oder gewerkschaftlicher
 „Verhehung“ die Rede ist, beweist die Zurückhaltung der damals
 zum Frieden mahnenden organisierten Arbeiter. Die bürgerliche
 Presse Oberschlesiens hatte entweder kein Interesse an der
 sachgemäßen Berichterstattung über die Streiks, oder sie be-
 richtete, wie der „Oberschles. Anzeiger“, getreu nach den Mit-
 teilungen der Polizeisten, Gendarmen und Grubenbeamten,
 d. h. einseitig. Vom Hören des „anderen Teils“, der Arbeiter,
 hielt sie nichts.

Was berichtet nun die Denkschrift von den ober-schlesischen
 Streiks im Jahre 1897?

Zunächst fällt es unparteiischen Lesern auf, daß, obwohl
 nicht einmal die Hälfte der wirklich vorgefallenen Streiks er-
 wähnt wird, durch Wiederholungen inhaltsloser und un-
 kontrollierbarer Bemerkungen der Anschein erweckt wird, als
 ob die Bösartigkeit der ober-schlesischen Streiks ganz
 besonders groß gewesen sei. Von den Ausständen auf „Kaiser
 Wilhelm“ und „Richtshofen“, auf „Jenny-Otto“ und „Cäcilie“,
 auf „Stesche“ wird je zweimal berichtet (S. 115/6 und 14;
 S. 43 und 93/4; S. 13 und 43), obwohl kein Anlaß dazu
 vorliegt. Ist hier vielleicht der „Grundsatz“ maßgebend ge-
 wesen: „Doppelt hält besser“?

Was soll man ferner mit Sätzen anfangen wie: „Wieder-
 holt wird berichtet, daß Arbeitswillige in Wirtschaften geohrfeigt
 wurden, so aus Beuthen D. S.“ (S. 34); — „einzelne Fälle,
 wie das Verhalten der eingeschüchterten Arbeitswilligen, die aus
 Furcht vor Nachstellungen streikender Kameraden einen Straf-
 antrag zu stellen nicht wagen, werden in größerer Zahl mit-
 geteilt, z. B. aus Beuthen D. S.“ (S. 104); — „treu geliebene
 Arbeiter bitten aus Befürchtung vor Bedrohungen seitens
 ihrer ausständigen Kameraden um Urlaub, beginnen aber die
 Arbeit vor Beendigung des Streiks, so im Bergbezirk
 Tarnowitz während des Bergarbeiter-Ausstandes von 1897“
 (S. 94); — „Sachbeschädigungen, von denen die Arbeitgeber
 bei Ausständen betroffen wurden, werden ferner berichtet aus
 Oppeln“ (S. 16); — „der Regierungspräsident zu Oppeln
 berichtet, daß häufig von Arbeitern darüber geklagt worden
 sei, wie sie gegen ihren Willen zum Eintreten in den Aus-
 stand gedrängt würden“ (S. 64), u. dergl. mehr.

Wer will solche Behauptungen, bei denen die Angaben
 der näheren Umstände, ja sogar die von Ort und Zeit fehlen,
 kontrollieren? Oder sollen sie etwa gerade durch ihre Un-
 bestimmtheit einer kritischen Prüfung entzogen werden?
 Aber die Denkschrift enthält auch kontrollierbares Material.
 Nach ihrer Mitteilung sind bei sechs (der etwa zwanzig)
 1897er Streiks in Oberschlesien Dinge vorgekommen, die zu
 Bestrafungen führten resp. hätten führen sollen. Sie kamen
 vor auf der „Wiesengrube“ (S. 13, 42/3, 14), auf „Alfred“
 und „Königin Luise-Grube“ (S. 43), auf „Cäcilie“ und
 „Jenny-Otto“ (S. 43 und 93/4) und in einer Rattowitzer
 Schwellenbeize (S. 83).

Was ist auf diesen Streikplätzen geschehen, das die Ver-
 schärfung der bestehenden Gesetzesbestimmungen über Streik-
 vergehen begründen könnte?

Auf „Cäcilie“ und „Jenny-Otto“ hatten sich die jüngeren
 Schleiher, von denen die Ausstände „angezettelt“ waren,
 „zusammengerottet“, unter Tage die Hauptstrecken, Füllörter
 und sonstigen Betriebspunkte „belagert“, über Tage die Ein-
 und Ausfahrpunkte sowie die Zugänge zu den Grubenplätzen
 und die Anfahrwege „besetzt“ und „die zur Arbeit und Ver-
 ständigung willigen Arbeiter bedroht und beschimpft“. Also
 „Zusammenrottung“, „Belagerung“, „Besetzung“, „Be-
 drohung“ und „Beschimpfung“! Das wäre allerdings stark,
 das wäre ja der reinste Landfriedensbruch — wenn es
 wahr wäre.

Aber das ist es ja, grade mit der Wahrheit dieser Be-
 hauptung hapert es in bedenklichem Grade, und zwar nach
 den Mitteilungen der — Denkschrift selbst. Das obige steht
 auf Seite 43. Auf Seite 93/4 muß berichtet werden, daß von einer
 Verabredung oder Vereinigung der Ausständigen nicht geredet
 werden kann, daß also keine „Zusammenrottung“ usw. stattfand,
 kein strafbares Streikvergehen und kein Landfriedensbruch vor-
 lag. Wozu also der Värm? Wir können sicher sein, hätte die
 Beuthener Staatsanwaltschaft nur das kleinste Endchen eines
 Beweises für den Thatbestand des Landfriedensbruchs ge-
 funden, dann hätte sie die Anklage erhoben. Angesichts dieser
 denkschriftlichen Selbstberichtigung können wir darauf verzichten,
 aus unseren eigenen Wahrnehmungen über die Ausstände auf
 „Jenny“, „Otto“ und „Cäcilie“ zum besten zu geben.

Keinesfalls jedoch können wir darauf verzichten, der Denkschrift
 die „amtliche“ Mitteilung des Königl. Bergrats Heintze,
 des Revierbeamten im Revier Ost-Beuthen über die genannten
 Ausstände gegenüberzustellen. Nach der Aufzählung von
 fünf Ausständen, unter denen sich auch die obigen befinden,
 sagt Heintze kurz und klar: „Nennenswerte Ruhe-
 störungen sind bei keinem der Ausstände vor-
 gekommen.“ Der Redacteur der Denkschrift hat wohl gar
 nicht gewußt, daß es auch amtliche Berichte der Bergbehörden
 giebt? Auch zur Abfassung von Denkschriften gehört etwas
 mehr Umsicht und Vorsicht, als in der Abfassung der vor-
 liegenden Denkschrift behütigt ist.

Warum erwähnt übrigens die Denkschrift nicht die Thatsache,
 daß auf „Jenny-Otto“ die Ausständigen durch die
 Entlassung der gesamten Belegschaft unnötig und schwer gereizt
 wurden? Ihr Verfasser wußte wohl wieder nichts davon,
 oder verschweigt er es, weil es nicht in seinen Kram paßte?
 Bei Heintze stand diese Thatsache verzeichnet (a. a. O.).

Daß es ferner mit dem Streikvergehen auf „Königin-
 Luise“ und „Alfred“ nicht weit her sein kann, geht sowohl
 daraus hervor, daß die betreffenden Revierbeamten in ihren
 1897er Berichten nichts zu melden wissen, als auch daraus,
 daß keine Bestrafungen vorgekommen sind. Auch den Schreiber
 dieser Zeilen ist von Gewaltthatigkeiten der Ausständigen
 weder durch die bürgerliche Presse noch durch andere
 Mitteilungen etwas bekannt geworden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 5. Oktober.

Das Geheimnis des Harmlosen-Prozesses.

Die Intimitäten unserer herrschenden Klasse, wie sie der
 Moabitler Spielerprozeß wider die Harmlosen undarmherzig bloß-
 stellt, werden noch des öfteren einer kritischen Betrachtung unterzogen
 werden müssen. Einstweilen aber drängt sich anlässlich der heutigen
 Gastenlassung der Angeklagten eine ebenso wichtige wie dunkle
 Frage auf: Warum hat man die Leute überhaupt in
 Untersuchungshaft gebracht und sie dort acht Monate lang fest-
 gehalten? Gebeht sind sie gewiß nicht durch diese Einsperrung
 worden, und ein Untersuchungsgefängnis hat überhaupt nicht die
 Aufgabe eines moralischen Erziehungsinstituts; es dient zur Herberge
 für Personen, die eines kriminellen Vergehens dringend
 verdächtig sind.

Gegen die Kröcher, Kahler und Schachtmeier hat überhaupt
 niemals kriminelles Verhaltensmaterial von irgend wie ernsthafter
 Bedeutung vorgelegen. Das haben die Verhandlungen vom ersten
 Tage an bewiesen. Sie sind nicht schuldig gewesen, als alle die
 Aristokraten, die dem Zeu fröhnen; und wenn das gegen die Harm-
 losen vorgebrachte Anlagematerial genügen soll, um einen Menschen
 in Untersuchungshaft zu bringen, dann würden die vornehmsten
 Regimenter wohl bald ziemlich von den jüngeren Offizieren entlöst
 werden.

Man wird uns keinerlei Sympathien für die Harmlosen, diese
 Drohnen der Gesellschaft, beschuldigen, das hindert uns aber nicht,
 im Interesse der Rechtssicherheit die Frage aufzuwerfen, wie
 es zu erklären sei, daß man auf solch ein Nichts von Verdachts-
 gründen die drei Adligen eingesperrt hat, gerade als ob sie nicht
 tribole Spielkugeln, sondern ernsthaft-kämpfende und arbeitende
 — Umsätze wären. Wie kommen diese Herren zu einem Ver-
 fahren, das man sonst nur socialdemokratischen Redactoren, „Terror-
 risten gegen Arbeitswillige“ usw. zu widmen pflegt?

Es hat vielleicht die Absicht bestanden, einmal ein Exempel
 gegen die Spielwut der Offiziere zu statuieren. Aber wie kommt
 es, daß drei unabhängige Gerichte die durch nichts zu recht-
 fertigende Haft beschlossen und aufrecht erhalten haben? Gerichtliche
 Aktionen sollen doch zunächst keine derartigen erzieherisch-abfchredenden

*) Vergl. Jahreskorr. d. Igl. pr. Reg. u. Gew.-Räte u. Verg.-
 behörden für 1899 S. 500.

Zweck in moralischer Hinsicht verfolgen, sondern nur Schuldige im
 Sinne des Strafgesetzbuches zur Rechenschaft ziehen.

Die Angeklagten selbst zeigten ein lebhaftes Interesse, die
 Mängel zu lösen. Als sie aber am Mittwoch durch den Antrag auf
 Vorladung des früheren Oberstaatsanwalts Drescher versuchten,
 hinter das Geheimnis zu kommen, wurde durch den Hinweis auf
 die Unabhängigkeit der Gerichte die Erörterung dieses Themas ab-
 geschnitten.

Es ist also zu vermuten, daß die Frage keine Klärung
 finden wird, wie die vielen anderen „Fragen“ unserer Rechtspraxis,
 deren Bitterkeiten freilich sonst nicht die Geistes zu verspüren haben,
 sondern „lampige“ Proletariat. —

Vormarsch der Boeren.

Die Boeren beabsichtigen offenbar alsbald die Grenze zu
 überschreiten und den Segner, der nicht genügend vorbereitet
 ist, in bestiger Offensive zurückzuschlagen.

„Daily Telegraph“ meldet aus Newcastle, dem nördlichsten
 Orte von Natal: „Die Boeren haben im Laufe der Nacht
 von Dienstag zu Mittwoch Laings Nek besetzt und stehen in
 großer Zahl auf den Bergen südwestlich von Volksrust,
 dicht an der Grenze. Am Mittwoch hat der Vormarsch der
 Boeren mit einer allgemeinen Vorwärtsbewegung der
 Artillerie seinen Anfang genommen. Unser Korrespondent
 berichtet, wie er höre, würde Majuba Hill besetzt
 werden. Die nächsten britischen Truppen stehen in Ladys-
 mith, die Engländer schicken sich an, Natal von der
 Grenze bis nach Glencoe zu räumen. General Symons
 hat Vorkehrungen getroffen. Newcastle binnen 24 Stunden
 zu verlassen.“

Die letztere Absicht der Engländer, sich vorläufig zurück-
 ziehen, wird auch durch eine Reuter-Meldung aus Newcastle
 bestätigt. Danach hat der Premierminister von Natal ein
 Telegramm geschickt, in welchem es heißt, Truppen könnten
 Newcastle nicht zur Hilfe kommen, die Boeren hätten die
 Absicht, anzugreifen. Widerstand sei unnütz. Der
 Premierminister rät deshalb zur Entfernung der Frauen und
 zur Uebergabe des Places.

Tagegen wird das Gerücht, daß britische Truppen die
 Grenze des Oranje-Freistaats überschritten hätten, von Kap-
 städter Amtsstelle für unbegründet erklärt.

In England ist die kriegsfeindliche Stimmung
 der Bevölkerung gewachsen. Der geschäftsführende Ausschuß der
 nationalen liberalen Vereinigung nahm eine Resolution
 an, in welcher erklärt wird, daß die drohende Lage in Südafrika
 durch die bestehenden Differenzen nicht gerechtfertigt sei, und das
 Bedauern ausgesprochen wird, daß der Streit über die Frage des
 Wahlrechts auf den Boden der Sugerantitätsfrage hinübergeraten sei.
 Die Resolution drückt ferner die Hoffnung aus, daß Transvaal jetzt
 das Wahlrecht nach fünfjährigem Aufenthalt bewilligen werde, da es
 die Versäuerung erhalten habe, daß seine Unabhängigkeit gewahrt
 werde. Schließlich wird Lord Salisbury daran erinnert, daß er
 für die Weiterführung der auf den Frieden abzielenden Verhand-
 lungen verantwortlich sei. —

Deutsches Reich.

Zur inneren Lage

sind heute ein par konservative Entschuldigungsartikel zu erwähnen,
 in denen während versichert wird, man habe niemals gegen Hohenlohe
 gehandelt. Die Konservativen sind in ihrer Oppositionslage so nervös
 geworden, daß sie nichts weiter thun als zu widerrufen, was sie
 selbst geschrieben. Die gute „Kreuz-Zeitung“ beteuert unmaßhalmlich
 folgende:

„Ob nun der Fürst Hohenlohe oder Herr Dr. v. Miquel besser
 zu dem Mittelpunkt geeignet ist, um den sich ein einheitliches
 Ministerium kristallisieren kann, wollen wir nicht näher unter-
 suchen. Es wird weniger darauf ankommen, ob dem einen
 das Centrum und die Liberalen, dem anderen die Konser-
 vativen größeres oder geringeres Vertrauen
 entgegenbringen, sondern wem von ihnen oder wem
 sonst sich das Vertrauen Sr. Majestät in erster Linie zu-
 wendet. Ein Feldgeschrei „die Hohenlohe, die
 Miquel“ lehnen wir ab.“

Es sieht beinahe so aus, als ob die „Kreuz-Zeitung“ dem Sterne
 Miquels nicht mehr traut, und mit der Möglichkeit rechnet, daß
 Hohenlohe doch den größeren Einfluß habe.
 Nebenbei bestätigt heute die „Kreuz-Zeitung“ im wesentlichen
 die Meldung der „Germania“, daß in der Redaktion der „Kreuz-
 Zeitung“ thatsächlich ein Friedensschluß mit Miquel erfolgt ist, wenn
 sie es auch für bedauerlich hält, daß nunmehr auch die „Germania“,
 die Mäntel der socialdemokratischen Presse acceptierend, Schmäffeleien
 auf fremden Redaktionen für eine verdienstvolle Thätigkeit anfieht.
 Schmäffeleien auf fremden Redaktionen sind bisher, unserer
 Wissens, nur von der „Post“ ausgeübt worden, deren Verichterhatter
 auf dem Korridor der „Vorwärts“-Redaktion die von uns geführten
 Gespräche erlauschte und sie dann brüßwärm in dem Organ Stummis
 zum Abdruck brachte. —

Dem Stumm-Jedli-Blatt haben wir gestern Unrecht gethan.
 Wir hatten gesagt, in seinem Artikel zur Verteidigung der Justiz-
 diplomatie und der noblen Gesellschaft des Laich-Verkehrs, und des
 „Harmlosen“-Prozesses habe es uns vorgeworfen, wir seien an
 Frankreich verkauft. Das war ein bedauerliches Mißverständnis
 unsererseits. Die „Post“ schreibt heute:

Der „Vorwärts“ schiebt uns unter, wir hätten die Social-
 demokratie beschuldigt, daß sie an Frankreich verkauft sei. Diese
 Behauptung ist eine wider besseres Wissen aus-
 gesprochen, denn in unserem Artikel steht keine
 Spur von dem durch den „Vorwärts“ uns unter-
 gelegten Gedanken. Wir hatten bemerkt, daß auffallender-
 weise Frankreich nicht genannt sei in der Reihe der Staaten,

in Frankreich so oberflächlich ansieht, wollten aber die Gründe dafür nicht weiter untersuchen. Wenn das Socialdemokratentum nun wenigstens sagte, es bewirke, wir dächten an eine Verlängerung der Socialdemokratie, dann hätte es nur seine genaue Bekanntschaft mit der Seele der Nation, welche nicht fähig ist, andere als schmutzige Motive bei einer Handlung oder Unterlassung voranzutreiben, aber sich doch wenigstens den Vorwurf unwahrer Behauptungen gegen besseres Wissen erspart. Unserer Ansicht nach liegen die Gründe der Schwärmerei Frankreichs einfach darin: 1. daß Frankreich Republik ist und die Socialdemokratie lieber monarchisch regierte Länder als republikanische als abschreckendes Beispiel hinstellt, 2. daß die Socialdemokratie in Rücksicht auf die Verhältnisse der französischen Socialdemokratie, von der ein Häufel, deren Hauptminister ist, ja im Lager der Ministerien steht, an die Dinge in Frankreich nicht ganz ohne, nachdem sie sich einmal die Finger verbrannt hat, als sie ungebeten vermittelnd in den Streit der beiden Richtungen eingetreten wollte. In Frankreich sind Bebel und Liebknecht nicht als Söhne anerkannt. Das könnten sie nur zu leicht in dem Größenwahne, in welchen sie die blinde Anbetung der Massen versteht, verfehlen — aber thun sie es einmal, dann bräut gleich ein kalter Guß, der ihnen klar macht, daß sie sich nicht um Dinge kümmern sollen, die sie nichts angehen, sie schnell wieder zur Klüft zurück.

So das **„Recht“**, **„Stimm-Blatt“**, **„Wir thun Buße“** dafür, daß wir seine Gedanken falsch gedeutet haben. Wir plädieren aber auf „mildernde Umstände“, denn daß die deutsche Socialdemokratie im allgemeinen, und Bebel und Liebknecht im besonderen, französische Schwärmer, vaterlandsloses Gesindel und Landesverräther sind, haben wir — man denke an die Sans Vainqueur Enthüllungen — in dem **„Stimm-Blatt“** so oft gesehen, daß wir wirklich gedankt hätten, es sei seine Meinung. Daß das **„Blatt“** die Streitsache und Charakterstärke hat, der Wahrheit die Ehre zu geben, und jene von ihm kolportierte Behauptung Lügen zu machen und auf schmutzige Motive zurückzuführen, das freut uns aufrichtig. Und doppelt freut es uns, Grund für die Annahme zu haben, daß der **„Vorwärts“** durch verschiedene Artikel wesentlich zu dieser Revolution — oder Reaktion in den Moralbegriffen des **„Recht“**-**„Stimm-Blatt“** beigetragen hat.

So und wann wir uns „die Finger verbrannt haben“, als wir „ungebeten vermittelnd in den inneren Streit der französischen Socialisten eingegriffen“ versuchten — das sagt uns das **„Stimm-Blatt“** vielleicht morgen. So lange wird seine neuerworbene Jugend und Wahrheitliebe hoffentlich vorhalten. — Vielleicht stößt es auch hier auf „schmutzige Motive“ und den allein richtigen Sinn des Worts „revolutionär“.

Die National-Socialen haben am Mittwoch in Göttingen ihre Zusammenkunft geschlossen, nachdem sich noch eine Diskussion über das Kommunalprogramm entsponnen. Die Bodenreformer stoßen mit ihren socialistischen Forderungen vielfach auf Widerstand. Man besorgte, daß durch das gleiche Wahlrecht für die Städte ein zu starker Zustrom von Socialdemokraten entstände, während von anderer Seite betont wurde, daß die Socialdemokratie gerade durch praktische Thätigkeit in den Gemeinden von Zukunftsgläubigen abgebrannt würde.

In der angenommenen Kommunalreform wurde dem auch nicht das gleiche Wahlrecht gefordert, sondern in recht unklarer Form das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht unter Ausschluß aller an Stand und Besitz gebundenen Sonderrechte und Beschränkungen mit der Berechtigung, das Proportionalitätssystem anzuwenden.

Die Verhandlungen des national-socialen Vereinstages geben im übrigen keinen Anlaß zu kritischen Bemerkungen. Es sind Diskussionen mehr oder minder wohlwollender und mehr oder minder klarer Leute, die von allem ein bißchen sind und vom nationalen Marxismus ein bißchen viel. Der einzige, der Beachtenswertes vorbrachte, war Professor Brentano und das war — kein National-Socialer. Ein vielstimmiges, unbedeutendes Entschließen, in dem ein feindlicher Geist die Aufführung heranzureifen muß, und in dem einzelne entschiedene Persönlichkeiten nicht zur Geltung gelangen.

Schleich-agrarische Kultur.

Der Oberstaatsanwalt in Königsberg hat an den Regierungspräsidenten ein Schreiben gerichtet, worin es heißt:

In dem Gefängnisse zu Wehlau befindet sich eine Kontrollstation für jugendliche, männliche Strafgefangene, in welcher Gefängnisstrafen von mehr als einem Monat aus dem ganzen Oberlandesgerichts-Bezirk vollstreckt werden. Von dem Gefängnisvorsteher ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß ein auffallend hoher Prozentsatz dieser Strafgefangenen wenig oder gar nicht lesen und schreiben kann. Er ist auf Grund der eingegangenen Erkundigungen zu der Ansicht gelangt, daß in vielen Fällen die Verwendung der Kinder zum Hüten die Schuld an der völlig ungenügenden Schulbildung trägt und hat einige der auffallendsten Fälle besonders nachgewiesen.

Die Regierung zu Königsberg hat sich dadurch veranlaßt gesehen, die Kreis-Schulinspektoren darauf hinzuweisen, daß bei der Prüfung der Frage, ob einem Schüler ein Hüteschein zu erteilen ist, in erster Linie die sittliche Haltung, die Regelmäßigkeit des Schulbesuchs und ein durchaus genügender Stand im Rechnen, Lesen, Schreiben — abgesehen von dem vorgeschriebenen Alter — in Betracht kommt.

Es muß schon sehr schlimm sein, wenn sich die Behörden genötigt sehen, auf einen solchen Mißstand und auf seinen Zusammenhang mit dem Hütescheindienst aufmerksam zu machen. Wird doch dadurch offenkundig, daß die vielgeliebten Agrarier durch den Mißbrauch der indischen Arbeitskraft schuld sind nicht nur an der geistigen, wie der Herr Oberstaatsanwalt feststellt, sondern auch an der sittlichen Verwahrlosung des Volkes. Es dürfte für keinen Einsichtigen zweifelhaft sein, daß auch die Geschlechtsverhältnisse der Kinder, die sie in die Strafanstalt führten, ihre Ursache in der Verwendung zum Hüten haben. Schulkinder, die den ganzen Tag und den ganzen Sommer beim Vieh auf dem Felde sich selbst überlassen sind, sind ganz natürlich im höchsten Grade der Gefahr völliger Verwahrlosung ausgesetzt und der Erlaß des Oberstaatsanwalts zeigt, was aus ihnen wird: er zeigt, welche Kinder es sind, die in Ostpreußen die Gefängnisse bevölkern.

Die Agrarier können stolz sein auf diese Erfolge ihrer Kulturarbeit.

Danzig, 4. Oktober. (Fig. Ver.) Beschuß Prüfung der sanitäts-polizeilichen Vorsichtsmaßregeln zur Vermeidung der Einschleppung der Pest haben in Königsberg und Danzig Konferenzen stattgefunden, an denen sich eine Anzahl Sanitäts- und Regierungsbeamte aus Berlin sowie Vertreter der Stadt und der Behörden am Ort beteiligt haben. Es wurden die Hafenanlagen und die Quarantäne-Anstalten in Augenschein genommen und dabei beraten, welche Maßregeln eventuell zur Abwehr der Pest zu ergreifen wären. Der Zweck der Fahrten war ein rein informativischer. Bei den Häfen von Königsberg und Pillau ist die Lage eine derartige, daß im Falle der Gefahr sofortige Maßnahmen zur Verhütung der Einschleppung der Pest getroffen werden können. Anders sind die Verhältnisse in Danzig und Reusfahrwasser ausgefallen. Nach der **„Elbinger Zeitung“** ist festgestellt, daß die bakteriologischen und Quarantäne-Einrichtungen in beiden Häfen für eventuelle Pestgefahr völlig unzureichend sind und daß die betreffenden Anstalten bedeutend vergrößert werden müßten.

Man sollte nur meinen, daß sofort beraten sei, wie möglichst schnell die notwendigen Einrichtungen geschaffen werden könnten. Gerade für Danzig wäre das unbedingt notwendig, weil dort solche Verhältnisse herrschen, daß bei einer Einschleppung der Pest große Menschenmassen ihr zum Opfer fallen müßten. Es dürfte wenige Städte in Deutschland geben, wo die Wohnungsverhältnisse

so schlechte sind, wie in Danzig. Dazu kommt, daß die Lebenshaltung der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung infolge der außerordentlich niedrigen Löhne eine besonders schlechte ist.

Unter diesen Umständen sollte die bisher unwidersprochen gebliebene Behauptung der **„Elb. Zeitung“**, nämlich, daß die interessierten Behörden vorläufig Bedenken tragen, der Ausführung von Einrichtungen zur Verhütung der Einschleppung der Pest näher zu treten, weil die Kosten enorm groß wären, ungläublich erscheinen, wenn wir nicht schon an die merkwürdigsten Dinge gewöhnt wären.

Man fürchtet die hohen Kosten. Es soll für solche Zwecke an den nötigen Mitteln fehlen. Die Danziger Bevölkerung sieht aber, wie auf den großen Werften ein gewaltiges Panzerschiff nach dem andern entsteht. Die Summe, welche eines der kleinsten dieser Schiffe kostet, genügt aber, um auch für Danzig Einrichtungen zu schaffen, welche ein Eindringen der Pest unmöglich machen.

In der **„Arbeitswilligen“**, **„Mera“** aus Dresden wird berichtet:

Wegen angeblicher Streikvergehen wurden vom Schöffengericht in Dresden wiederum drei Arbeiter abgeurteilt. In zwei Fällen handelt es sich um den Formerstreik der Firma Paul u. Co. in Adelsdorf. Einmal hat der irtigele Former Dehningen zur Frau eines arbeitswilligen Kollegen gegehört, es ist schuldig genug, daß ihr Mann als Streikbrecher seinen Kollegen in den Rücken falle. Dehningen bekam wegen dieser Vergehen, trotzdem er völlig unbescholten war, 1 Monat Gefängnis. Dem soll sich der streikende Former See in ähnlicher, ebenfalls völlig harmloser Weise in Bezug auf Arbeitswillige geäußert haben. Das Gericht fand auch hier „bedrohliche Reden, Beleidigungen“, die ebenso wie die erste Verurteilung auf Grund des § 133 der Gewerbe-Ordnung geahndet werden mußten, und zwar mit einer Woche Gefängnis. Der dritte Fall bezieht sich auf den längst beendeten Dresdener Maurerstreik. Ein Maurer-Sekter soll da durch Streikpostenstreichen „groben Unfug“ verübt haben. Das konnten ihm zwar aus eigenem Wissen zwei Besatzungszeugen, ein Polizist und ein Baumunternehmer, nicht beweisen, aber letzterer bekennt sich schließlich darauf, daß sich andere Leute durch das Aufstreichen des S. geärgert gefühlt hätten; nach Angaben des Schynmans hat S. ganz ruhig dagestanden. Dem Gericht genügt das Zeugnis des Baumunternehmers vollständig, um zu einer Verurteilung zu 20 Mark Geldstrafe — nach Maßgabe des polizeilichen Strafbefehls — zu gelangen.

München, 4. Oktober. (Fig. Ver.) Die **Schwaffer-Katastrophe** beschäftigt heute zum zweitenmal die Abgeordneten-Kammer. Es handelte sich um Abwehrmaßnahmen, wozu ein Antrag der Centrumpartei vorliegt. Dr. Bichler beantragte die schlechte Organisation des Hochwasserdienstes bei Hochwasser, die Einengung der Flußbetten durch ungenügend verankerte Dämme, den Mangel an Durchlässen bei manchen Dämmen, die ungenügende Fundierung von Dammitragern und Brückenpfeilern usw. Er forderte Anhebung des Telegraphenpostens auf jene Orte, welche besonders vom Hochwasser bedroht erscheinen, Beseitigung der Wasserläufe, Verbreiterung der Flußbetten, Hebung der Wehre, sowie Vermeidung der wegen der Goldgrubendationen gegebenen Bestimmungen, durch welche den Grenzbesitzern der Vorteil wird, Röhre in beliebiger Höhe zu halten. Die genannten Mängel hätten zur Vergrößerung der Katastrophe sehr wesentlich beigetragen. Ein anderer Centrumsredner erörterte die unklaren Rechtsverhältnisse der Privatverhältnisse, welche der Korrektur der Flußläufe hindernd im Wege stehen, forderte Reform des Wasserrechtes und des Uferschutzgesetzes und lud die Abgeordneten ein, die fürchtbaren Verwüstungen von Grund bis Rosenheim persönlich in Augenschein zu nehmen. (Soweit die socialdemokratischen Abgeordneten in Betracht kommen, war diese Ausrufung verpöndelt; unsere Reaktion hat schon vorangehende Woche eine Kommission zur Befähigung der Hochwasser-schäden entsendet.) Minister v. Feltzsch befragte die Verweisung des Antrages an eine Kommission. Die Gegenüberung dürfte sich nicht von Befähigung befreieren lassen, bei den Anträgen handele es sich um Ausgaben von vielen Millionen, die Wasser- und Uferschutzgesetzgebung Bayerns sei analog der in den meisten deutschen Staaten, Staat und Private müßten zusammenwirken; am besten erlaube man für diesen Zweck Genossenschaften, denen mit Staatsmitteln unter die Arme gegriffen werden soll. Der Wildbacherbauern sei alle Sorgfalt zuzuwenden, vielfach sei Bayern ohnmächtig, da die Quellengebiete der meisten Flüsse in Oesterreich oder der Schweiz liegen. In seinen Seen habe Oberbayern natürliche Stauwerke, außerdem seien in den letzten 10 Jahren von Staat und Gemeinden, mit Ausschluß der Hafenbauten, 27 Millionen Mark für Flußkorrekturen ausgegeben worden. Die Debatte wird fortgesetzt.

Der dem Landtage zugegangene Entwurf für eine **Standes- und Ehrengerichts-Ordnung der Ärzte** enthält nur Bestimmungen über Organisation der Kergesamkeiten und des Ehrengerichtshof, sowie über die Höhe der Disziplinarstrafen, welche bis 2000 M. betragen. Der Erlaß der **„Standesordnung“** selbst soll dem Ministerium des Innern vorbehalten werden.

Die staatsgefährliche Triflore. Aus **Elfaß-Lothringen** wird uns geschrieben: Die offizielle Presse des Landes bemüht sich, den äblen Eindruck, den die Nachricht von der Konfession von Franzosen in den französischen Nationalfarben bei der zu Thamm im Oberelsaß erfolgten Weerdigung Scheurer-Regiments weit über die Grenzen Elfaß-Lothringens hinaus hervorgerufen hat, durch genutzene Demotivs nach Möglichkeit abzumildern. Der **„Rheinischer Echo“** — daselbst Regierungsbüro, das den Versuch gemacht hat, die selbst seitens der Militärbehörde unwidersprochen gebliebene Nachricht von dem vor einigen Wochen infolge von Disziplinargenossen Tode zweier Reserve-Interoffiziere eines **Wiltbauer Regiments** als unbedeutend hinzustellen, dabei aber von den Familien der Verstorbenen durch eine unzweideutige Erklärung auf die Finger geklopft bekam — ließ sich auch jetzt die Meinungsänderung der reichsständischen Polizeibehörden als erstes angelegen sein, indem es die aus den **„Basler Nachrichten“** in zahlreiche andere Blätter übergegangene Meldung von der Thaurer Schleifenkonfession als „völlig aus der Luft gegriffen“ bezeichnete. Demgegenüber stellt das genannte Schweizer Blatt an der Hand eines ihm von einem Bruder des verstorbenen Senators zugegangenen Briefes sowie auf Grund eigener Erhebungen fest, daß seine ursprüngliche Mitteilung allerdings insofern ungenau war, als die Entfernung der französischen Embleme nicht bei der eigentlichen Begräbnisfeier erfolgte. Es hätten bei der Weerdigung vielmehr alle derartigen Zeichen an den Kränzen und Blumenpendeln gefehlt, und von „autoritativer Seite“ sei auf die diesbezügliche Frage geantwortet worden, die **„Französischen Farben“** würden auch bei diesem Anlaß nicht geduldet. Die Thatfache, daß die reichsständischen Behörden der Entfaltung der von den Verehrern des verstorbenen Senators aus Frankreich eingelaufenen letzten Ehrenspenden hindernd in den Weg traten, bleibt also trotz aller offiziellen Ablehnungsversuche bestehen.

Berichtigung. In der Notiz über das Invalidenversicherungsgesetz in gestriger Nummer hat sich ein sinnfälliger Fehler eingeschlichen. In 2. Absatz muß es heißen: die Anwesenheitsdauer werden jetzt (nach dem neuen Gesetze) von den Vertrauensleuten der Versicherer bei den unteren Verwaltungsbehörden, diese Vertrauensleute selber aber von den Kassenvorständen gewählt.

Ausland.

Der französische Komplottprozess. „**Intelligence**“ meldet, daß infolge der Enthüllungen des Generalanwalts **Relcat** in der Komplottaffaire der Senator und Vorsitzende **Verenger** in einer Unterredung mit dem Sicherheits-Chef **Lépine** **Hastbechle** gegen den Richter **Grosjean**,

gegen **Beaurepaire** und gegen den **General Roge** geordert habe. Ebenso beantragte er Hausdurchsuchungen in der Wohnung des früheren Kriegsministers **Cavaignac** und bei der Gräfin **Marcel**, welche unter dem Namen „**Gyp**“ in der **„Libre parole“** schrieb, und in freundschaftlichen Beziehungen zu dem früheren Präsidenten **Faure** gestanden habe.

Der **„Figaro“** dagegen sagt, die aufgetauchte Meldung von der bevorstehenden Verhaftung des **Generals Roge**, **Beaurepaire** und des Richters **Grosjean** müßte man mit Vorbehalt aufnehmen.

Das **„Patrie“** veröffentlicht ein Telegramm vom Richter **Grosjean** aus Spa. Dasselbe lautet: „Seit dem 4. August aus Frankreich abwesend, befinde ich mich so wenig auf der Flucht und bin so wenig besorgt, daß ich morgen nach Paris zurückkehren werde. Weder am 22. noch an sonst einem anderen Tage fand bei mir ein Essen statt, an welchem der frühere Kriegsminister **Cavaignac**, **Beaurepaire** usw. teilgenommen. Ich habe niemals die Ehre gehabt, diese Herren bei mir zu empfangen. Die Beschuldigungen sind ebenso lächerlich wie schändlich.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Oktober. Die **„Neue freie Presse“** meldet: Der Zusammentritt des Reichsrates wird zwischen dem 17. und 20. Oktober stattfinden. Die Regierung ist noch nicht schlüssig, ob die Session fortgesetzt oder geschlossen wird. Jedenfalls wird sie in ihrer Programmklärung ein Sprachengesetz anknüpfen, das aber erst später einbringen. Vor dem Zusammentritt des Reichsrates werden die Sprachverordnungen bedingungslos aufgehoben werden. Das Ministerium wird eine Kostenvorlage und das Budget für 1900 dem Reichsrat vorlegen.

Schweiz.

Bern, 5. Oktober. Der Ständerat hat das Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetz ebenfalls angenommen und das Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1. Januar 1903 festgesetzt.

Rußland.

Die Hungersnot dauert fort. Die Hoffnungen auf die neue Ernte haben sich nicht erfüllt. Die östlichen und ein Teil der mittleren Gouvernements, in denen die Hungersnot seit Jahren die Bevölkerung dezimiert, haben eine sehr mangelhafte Ernte gehabt, die für die Ernährung des Volkes bei weitem nicht ausreicht. Ist also hier an das Ende der Hungersnot nicht zu denken, so lauten die Nachrichten aus dem Norden und Süden, wie vor der Oktober-Nummer von **„Frei-Rußland“** entnommen, geradezu entsetzlich. In der nördlichen Provinz **Archangel** hat kolossaler Schneefall im Winter und Regen-Überschuß im Frühjahr die Ernte vollständig zerstört, so daß für die Vieh- und Rindvieherden das Futter fehlt.

In den südlichen Provinzen **Bessarabien**, **Cherson**, **Kiew** und zum Teil in **Lithuanien**, **Selawtschinsk**, **Tauris** und anderen südlichen Landstrichen ist die Getreide-, **Malven** und **Kartoffel**-ernte mangelhaft. In der **Krim**, die viel Wein züchtet, sind die Trauben durch die ungünstige Witterung ganz zu Grunde gerichtet. Das Getreide ist unbedeutend, die Regierung thut aber so gut wie nichts, und was die Privat-**Wohlfahrt** angeht, ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Der **Storobut**, die Folge mangelhafter Nahrung, wüthet unter der Bevölkerung, und der **Storobut** ebnet im Norden und Süden der Hungersnot den Weg, die in den östlichen und mittleren Provinzen sich eingebürgert hat und von da sich immer weiter ausbreitet. Das ist das Werk des Jaren und seiner Leute. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“

Friedensjahr. Aus **Petersburg** wird gemeldet: Der Vorschlag der **Marine-Minister** für 1900, welcher die Gesamtsumme von 89 Millionen Rubel umfaßt, bestimmt 38 Millionen für die Weiterführung der Schiffs-Reparaturen und für Neubehaffung von Geschützen. Inwieweit entspricht der Anschlag dem im vorigen Jahre angenommenen 200 Millionen-Plan; es wird jedoch als sicher angesehen, daß noch vor Schluß des Jahres ein Ergänzungsausgleich über etwa 60 Millionen Rubel aufgestellt wird, welcher den vorzüglichen Plan noch um den Bau von drei **„Schlachtschiffen“** erster Klasse und fünf **„Torpedobooten“** zur **„Hochseefahrt“** erweitern soll.

Die Kriegsheere in Südafrika.

Transvaal. Ueber das Heerwesen **Transvaals** geben wir nach den **„Lößel“** militärischen Jahresberichten einige Mitteilungen. Nach den letzten Angaben zählt die weiße Bevölkerung 187 947 männliche Personen, dazu kommen 123 320 erwachsene männliche Kaffern. Die Zahl der dienstfähigen weißen Personen beträgt 26 500, von welchen 14 259 von 18-34 Jahren, 8152 von 34-50 Jahren, 4089 unter 18 und über 50 Jahre. Dazu können gegen 60 000 Eingeborene unter ihren Häuptlingen, die den Titel **„Kapitän“** führen, einberufen werden. Diese gesamte aufzubietende Truppenmacht bildet die **„Kriegsheere“**. Die stehende Truppe besteht aus einem **„Korps Staatspolizei“** und aus einem **„Korps reitender Artillerie“**. Dieses **„Korps“**, das den Kern der Kriegsmacht der Republik bildet, hat sein ständiges Lager bei **„Pretoria“**. Die Zahl der Besätze ist nicht genau bekannt; eine frühere Mitteilung sprach von 6 Leuten und 8 schweren Kruppkanonen, 4 leichten und 2 schweren **„Schneidfeuer-Kanonen“**, einer gezogenen **„Vorderladungskanone“** und einer **„Mitrailleuse“**. Doch sind in den letzten Jahren erhebliche Verbesserungen und Vermehrungen vorgenommen worden.

Freiwilligenkorps. Um die Lust für Waffen- und Schießübungen zu befördern, wurde im Jahre 1894 ein **„Gesetz“** erlassen, welches gestattete, ein **„Infanterie- oder Kavallerie-Freiwilligenkorps“** von wahlberechtigten Bürgern zu errichten, wenn in einem **„Distrikt“**, **„Stadt“** oder **„Dorf“** wenigstens 50 Bürger sich dazu vereinigen und sich gegenüber dem Staate auf Grund von Statuten, welche dem **„Kommandant-General“** eingereicht und dem **„Gutachten“** des **„Exekutivrates“** unterbreitet werden müßten, zu dem Folgenden verpflichteten: 1. der Ausführung aller von der Regierung befohlenen Dienste, das Unterdrücken von etwaigen Unruhen mit einbezogen; 2. dem Verrichten all solcher Dienste, welche besonders die Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit bezwecken, in dem **„Distrikt“**, wo ein solches **„Korps“** besteht, wenn die Regierung oder die örtlichen Behörden es dazu anfordern; 3. dienstreit zu sein, wann und wo auch von der Regierung einberufen.

Hat die Regierung die Errichtung eines solchen **„Freiwilligenkorps“** genehmigt, so erhält jeder Freiwillige ein **„Gouvernementsgewehr“** in Gebrauch, so lange er zu dem **„Korps“** gehört, 20 **„Patronen“** monatlich, um sie auf einer von seiten der Regierung angewiesenen **„Schießbahn“** zu verschießen, und 8 **„Pfd. Stiel“**, — wenn er veritten ist, 18 **„Pfd. Stiel“**. — jährlich für Uniform, sobald er ein Zeugnis von seinen Offizieren aufweisen kann, daß er im Gebrauch der Waffen und im Schießen hinreichend geübt ist. Diese Vorrechte gehen jedoch verloren, wenn nicht das **„Korps“**, soweit möglich, durch alle seine Mitglieder beim jährlichen **„Nationalfest“** zu **„Parade“** vertreten wird, welches zur Erinnerung an die **„Unabhängigkeits-Erklärung“** von 1881 gestiftet wurde.

Schon 1892 und 1893 waren in **„Pretoria“** mit Zustimmung der Regierung solche **„Freiwilligenkorps“** errichtet. Die **„Infanterie-Abteilung“** derselben zählte 100 Mann. Die **„Abteilung Kavallerie“** war 110 Mann stark.

Organisation der Landesverteidigung. Die Republik ist in **„Distrikte“** geteilt, jeder **„Distrikt“** in **„Feldkommandos“** oder **„Wägen“**. **„Verfälscher“** des Ganzen ist der **„Kommandant-General“**, gegenwärtig **„R. A. Joubert“**, die **„Distrikte“** werden befehligt von **„Kommandanten“**, die **„Feldkommandos“** von **„Feldkommandanten“**, unter denen noch **„Assistent-Feldkommandanten“** stehen.

Mit Stimmenmehrheit wählen die wahlberechtigten Bürger, welche über 18 Jahre alt sind, in den Feldkommandos die Feldkommandanten und die Kommandanten der Kommandos. Der Kommandantgeneral wird von und aus den wahlberechtigten Bürgern der Republik gewählt, welche das Recht haben, die Mitglieder des ersten Volkstages zu wählen.

Die Adjutanten-Feldkommandanten und Feldkommandanten werden für 3 Jahre, die Kommandanten und der Kommandantgeneral für 5 Jahre ernannt; nach diesem Termin sind sie sogleich aufs neue wählbar. Für jeden Distrikt darf nur ein Kommandant gewählt werden.

Bewaffnung, Ausrüstung und Berittmachung. Jeder Mann hat für seine eigene Ausrüstung, Kleidung, Nahrung, Pferd, Waffen und Munition zu sorgen. Außer Gewehr und Munition führt er gewöhnlich mit sich einen Sack mit Zwieback oder Reis, Schmitt getrocknetes Fleisch — Biltong —, ein Säckchen Kaffee, Tabak, Feuerzeug und eine Decke.

Uniformiert ist nur die stehende Truppe; doch ist die Tracht der Boeren eine so übereinstimmende, daß die Korps den Eindruck machen, uniformiert zu sein. Der Anzug besteht aus einer kurzen Jacke, Capico, und Hose aus englischem Stoff, grauem Flischoppst, dazu den Patronengürtel von der linken Schulter bis zur rechten Hüfte reichend.

Beritten sind die Boeren sämtlich, zwar nicht auf schönen, aber vorzüglichen und außerordentlich willigen Pferden, welche zugleich ungemein dauerhaft sind, besonders wenn sie „gepalzt“ sind, d. h. wenn sie die Pferdekränze gehabt haben. Wenn der Reiter absteigt und die Fessel zur Erde legt, sollen diese Pferde wie „hypnotisiert“ stehen bleiben, und auch ohne beaufsichtigt zu werden, sich nicht von der Stelle rühren, eine Eigenschaft, welche dem süd-afrikanischen Pferde überhaupt eigenständig sein soll.

Ausbildung und Fertigkeit. Eine eigentlich militärische Gefantbildung fehlt, dafür sind aber die Boeren vorzüglich unermüdbare Reiter und ausgezeichnete Schützen. Der Boer kommt sogleich mit der Pistole auf die Welt. Von frühester Jugend abt er sich in ihrem Gebrauch und erlangte bei seinem scharfen Auge, seinem ruhigen Temperament und seiner sicheren Hand eine solche Fertigkeit, daß die meisten Boeren als Kunstschützen gelten können.

Die Boeren sind geborene Guerillas. Sie ziehen ins Feld ohne Bagage oder Train. Jeder Mann führt außer seinen Waffen und Munition an der einen Seite des Sattels einen Sack mit Biltong, an der anderen ein Säckchen mit Zwieback oder Reis usw. mit und kann so ausgerüstet 14 Tage vom Lager entfernt bleiben. In der Regel kämpfen die Boeren als Schützen, wobei sie den Feind beschleichen, wie in gewöhnlichen Zeiten das Wild. Auf meistliche Weise wissen sie selbst von den geringsten Terrainobjekten und Terrainfallen Nutzen zu ziehen, um ohne sich bloß zu geben, den Feind in den Bereich ihres nie fehlenden Schusses zu bringen. Gegen einen Feind, der standhält, avancieren sie auf ähnliche Weise wie unsere Tirailleurslinien. Während der eine Teil der Linie den Feind beschleht, avanciert der andere unter der Deckung dieses Feuers und nißt sich mehr vorwärts im Gelände ein. Kanonen und Schnellfeuerwaffen nähern ihrem Gegner nicht viel. Die Boeren bieten ihm keine günstigen Ziele und schießen Pferde und Bedienungsmannschaften fort.

In der Auswahl des Geländes, in welchem sie den Feind angreifen wollen, sind sie Meister.

Besonders merkwürdig ist die Schnelligkeit, womit sie sich umsetzen aus der einen Position in eine andere zu begeben wissen und umzuweichen das Feuer eröffnen aus einer Stellung, wo man sie am wenigsten vermutete. Diese raschen Stellungswechsel gelingen zu Pferd. Wenn sie absteigen, um zu kämpfen, lassen sie ihre Pferde ungefähr 400 Meter hinter sich.

Sie sind der Typ einer vorzüglich berittenen Infanterie. Als ausgezeichnete Reiter können sie mit großer Schnelligkeit den Punkt erreichen, den sie angreifen oder verteidigen wollen. Sie steigen abwärts ab und kämpfen, indem sie ihre Pferde in der Nähe behalten, um sie für den Rückzug zu gebrauchen, wenn nötig, oder um an einem anderen Punkte offensiv aufzutreten. Sie vereinigen also die Schnelligkeit des Kavalleristen mit der Feuerwirkung des Infanteristen.

Merkwürdig sind gewiß die großen Verluste, welche die Boeren in ihren Kriegen dem Feinde beibringen, selbst wenn sie gegenüber einer großen Uebermacht stehen, und die geringen Verluste, die sie selbst erleiden.

Bei Laings Nek, den 18. Januar 1881, jagten 80 Boeren 1000 Mann Infanterie, 200 Mann Kavallerie und 200 Mann Artillerie mit 6 Feldkanonen und 3 Raketenbeschützen in die Flucht. Bei Schuin's Hoogte wurden 400 Mann mit 4 Feldkanonen von 165 Transvaalern nach einem hartnäckigen Streit von 8 Stunden total geschlagen. Beim Majubaberg stürzten 90 Boeren den von 400 Schotten und Matrosen besetzten Berggipfel und jagten noch fünfstündigem heftigen Gefecht den gut verschanzten Feind in wilder Flucht zurück. Bei Dronkhorst sprang standen 250 Boeren 300 Engländern gegenüber, die sich 8 Minuten nachdem der erste Schuß gefallen war, auf Gnade und Ungnade ergaben. Der Krieg 1880/81 kostete den Engländern 1159 an Toten und Verwundeten, während von den Boeren nur 113 Mann außer Gefecht gestellt wurden, wovon 44 Tote.

Der Oranje-Freistaat. Die Verhältnisse sind ganz ähnlich wie in Transvaal. Die Zahl der Wehrfähigen wird auf ungefähr 20 000 veranschlagt. Die stehende Truppe im Fort bei Bloemfontein ist nur einige 80 Mann stark; ihre Reserve beträgt 400 Mann. Die Artillerie weist 14 Kruppkanonen von 7,5 cm, 6 Armstrong 9-Pfünder und einige Marine-Kanonen auf.

England.

Ueber die englischen Kriegsvorbereitungen teilt die „Königliche Zeitung“ folgendes mit:

Die englischen Nachrichten über militärische Dinge sind immer verworren. Bald werden Regimenter Brigaden genannt, bald Bataillone Regimenter, und neulich erderte ein großes englisches Blatt, was eigentlich ein Armeecorps sei. Dagegen kann man jetzt mit einiger Gewißheit von der Zahl und den Namen der für den Krieg in Bereitschaft gehaltenen oder schon an Ort und Stelle befindlichen Truppen sprechen. Gegen Mitte Oktober wird die englische Streitmacht in Südafrika betragen: 18 Infanterie, 5 Schützen- und 5 Pfünder-Bataillone zu je 1000 Mann Kombattanten (Offiziere und Mannschaften), 4 Reiter-Regimenter zu je 472 Kombattanten, 9 Feldbatterien, 4 Pionier-Compagnien und 1 Ballon-Detachement, außerdem zahlreiche Compagnien des Army Service Corps. Die Reiterei stand mit den 5 Lanzenreitern und den 18 Husaren in Natal. Sie wurde ebenfalls durch eine Brigade aus Indien verstärkt, die unter dem Befehle des Oberlieutenants Wolseley-Jenkins steht und zusammengesetzt ist aus den 9 Lanzenreitern und den 18 Husaren. Die Feldartillerie besteht aus den Batterien 18., 67., 69. (alle drei bisher in Natal), ferner 18., 62., 75. und der „Brigade-Division“ des Oberlieutenants Cophead aus Indien, 21., 42., 53. Die Pionier-Compagnien führen die Nummern 7., 8., 28. und 29., letztere Festungspioniere.

An Infanterie würden also vorhanden sein: 18 054 Kombattanten, an Reiterei 1888 Säbel, an Artillerie 54 Geschütze und 1530 Kombattanten, an Genietruppen annähernd 1000 Kombattanten, im ganzen also 22 472 Kombattanten und 54 Feldgeschütze.

Außerdem verfügen die Kapländer noch über eine Menge kleiner Freiwilligen-Corps, deren Ziffer sich auf 276 Offiziere, 933 Unteroffiziere und 4579 Mann mit 11 Feldgeschützen stellen soll, wodurch die Gesamtzahl der Kombattanten auf 28 260 Mann und 65 Geschütze erhöht wird. Nach dem Urtheil von sachkundigen Kennern des Landes ist der Wert dieser afrikanischen Freiwilligen-Corps erheblich geringer, als der der englischen Wehrfähigen in Europa. Man soll es im Kapland lieben, in hübscher Uniform zu paradiere, militärisch sollen die Leute wenig brauchbar sein.

Außer den genannten Truppen ist noch im Lager von Aldershot die Brigade des Generalmajors Hildy Hart zu Afrika bereit gestellt. Es sind dies die Bataillone Nr. 2 der Royal Highlanders Nr. 42, Nr. 1 des Welsh-Regiments Nr. 41,

Nr. 2 des Northamptonshire-Regiments Nr. 48, Nr. 2 des Schropshire Light Infantry-Regiments Nr. 63 und Nr. 2 des Wiltshire-Regiments Nr. 62, also 5015 Kombattanten. Ferner sind noch zwei Reiter-Regimenter in Aussicht genommen, 944 Kombattanten. Im ganzen scheint England bis jetzt den Krieg also mit rund 34 200 Kombattanten und 65 Geschützen führen zu wollen.

Theoretisch ist geplant, außer den bis Mitte Oktober eingetroffenen Truppen noch ein Armeecorps (ein für England neuer Begriff) und vielleicht auch eine Kavallerie-Division aufzustellen. Zu diesem Armeecorps gehört die oben erwähnte bereit gestellte Brigade in Aldershot. Angesichts der sehr bedeutenden Kosten einer solchen englischen Mobilmachung — man spricht jetzt schon von annähernd 2 Millionen Pfund, während die Rothoda-Bereitschaft nur 80 000 Pfund gekostet hat — und auch in Betracht der Reibungen, die dabei eingetreten sind, ist die Reizung zu weiterer militärischer Machtentwidelung nicht sehr groß. Inbesseren die Notwendigkeit wird sich bald herausstellen. In diesem Falle wird die Zahl der englischen Truppen, die für den Krieg bereit stehen und ihn führen, um rund 88 000 Mann aller Waffengattungen (unter Einrechnung der Nichtkombattanten) und um 98 Geschütze wachsen. Diese Ergänzungstruppen werden die Aufgabe haben, zunächst den Ausfall zu decken und sodann voraussichtlich in nächster langer Zeit nach Afrika abzugehen, um den Angriff durchzuführen. Die bis Mitte Oktober in Südafrika verfügbaren Kräfte genügen für den Angriff nicht; die Ereignisse der nächsten Tage werden lehren, ob sie zur Abwehr der sich an den Grenzen regenden Boeren genügen werden.

Partei-Nachrichten.

Erklärung. Da meine letzte Entgegnung im „Vorwärts“ in der Frage des Centralorgans, wo ich zweifellos in der Hitze des Gefechts über die Schärfe geirrt habe, nun von meinen politischen Widersachern in der Partei — wie die süddeutsche Parteipresse zeigt — dahin ausgenutzt wird, die wichtigsten sachlichen Erörterungen auf dem Parteitag über Programm und Taktik durch persönlichen Kleinlaut abzulenken und zu verwirren, so halte ich es für meine Pflicht, was ich auch ohne dies gern thue, hiermit zu erklären, daß ich meine für die Redaction des „Vorwärts“ persönlich beleidigenden Ausdrücke bedauere und sie zurücknehme.

Berlin-Telebureau, 5. October 1890.

Rosa Luxemburg.

Politisches, Gerichtliches u. s. w.

— **Zu 100 M. Geldstrafe** wurde der verantwortliche Redacteur der „S. A. Ztg.“, Genosse Bloch in Dresden, verurteilt, weil er durch eine Notiz seines Blattes einen Cigarettenfabrikanten in Freiberg i. S. beleidigt haben soll. Die Behauptungen des Blattes wurden bis auf eine geringfügige Kleinigkeit erwiesen, dennoch die hohe Strafe. Auch der ambulante Gerichtsstand kam wieder in Anwendung. Die Verhandlung fand nämlich in Freiberg statt, während das Blatt in Dresden erscheint.

Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung.

In Deutschland, wo die Frauenbewegung relativ am spätesten im Verhältnis zu den anderen Kulturländern aufgetreten ist, ist auch der Gegensatz zwischen der bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegung schärfer als andernwärts. In England, in Frankreich, in Italien, ja selbst in Oesterreich sehen wir, wenn auch nicht ein Zusammengehen, so doch eine enge Fühlung zwischen den Vorläuferinnen der Frauenemancipation und den organisierten Proletarierinnen. Die deutsche Frauenbewegung entstand eben erst, als unser öffentliches Leben bereits von der Socialdemokratie beherrscht wurde, und die Frauen, die für die Interessen der Arbeiterinnen eintreten, fanden bereits zu sehr unter dem Baum der durch die Socialdemokratie vertretenen Auffassung von dem Interessengegensatz zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen, um ihre Sache mit den schwebelichen Versuchen einiger wohlwollender Frauen aus mittleren Vürgerkreisen zu verhandeln und nicht vielmehr die Solidarität der Arbeiterinnen mit ihren männlichen Klassengenossen zu verhandeln. Wenn vielleicht die Führerinnen der Arbeiterinnenbewegung in der Betätigung dieser an sich richtigen Grundanschauung zu weit gegangen sind und die bürgerlichen Frauenredactorinnen mit zu großer Schroffheit zurückgewiesen haben, so erklärt sich das aus dem berechtigten Unwillen über die Vektreterei, mit der gerade die deutschen Frauen ihren Befreiungskampf einleiteten, und der so gar nichts von dem Sturm und Drang an sich hatte, der der Frauenbewegung anderer Länder die Sympathien aller Vorgekehrten zufließen mußte.

Witterweile haben es freilich die deutschen Frauenrechtlerinnen an Bemühungen, mit den Arbeiterinnen Fühlung zu bekommen, nicht fehlen lassen. Vor allem ist es der Verein Frauenwohl, der unter Leitung der Frau Cauer steht, der bereits seit einiger Zeit große Anstrengungen nach dieser Richtung hin macht. Der Verein Frauenwohl hat bekanntlich im verfloffenen Halbjahr große Erfolge in seinem Innern durchgemacht, die mit der Secession einer Anzahl seiner thätigsten Mitglieder endeten. Er hat jetzt begreiflicherweise das lebhafteste Bedürfnis, für frische Blutzufuhr zu sorgen und es ist nur natürlich, daß er das durch Inangriffnahme neuer Aufgaben zu erlangen hofft. Das war wohl der hauptsächlichste Beweggrund, der den Delegiertentag des Vereins, der heute in Berlin seine Sitzungen begann, veranlaßt hat, als ersten Punkt auf die Tagesordnung die Arbeiterinnenfrage zu setzen. Als Referentin hatte man eine Arbeiterin gestellt und zwar eine Frau Gerbst, die Vorsitzende eines Vereins der Häherinnen und Stickerinnen in Berlin. Der Verein steht auf Hirsch-Duncker'scher Grundlage, und so war es natürlich, daß Frau Gerbst in ihrem Referat sich in sehr mäßigen Grenzen hielt und vor allem an das Wohlgefühl der bürgerlichen Frauen appellierte.

Das Referat selbst war ziemlich verständlich gehalten, wenn es freilich auch nur einen ganz kleinen Teil der Arbeiterinnenfrage behandelte, nämlich nur einzelne Angaben über die in der Hausindustrie beschäftigten Frauen machte. Das Ziel, das sie aufstellte, war die möglichste Einigung der Heimarbeiter überhaupt. Sie ging dabei von dem sehr richtigen Grundgedanken aus, daß die Bedingung für jede Organisation der Arbeiterinnen, die doch allein eine dauernde Besserstellung der Lebenshaltung garantieren könne, das gemeinsame Arbeiten in der Fabrik bildet. Sie trifft ja in diesem Punkt durchaus mit unseren Anschauungen zusammen. Freilich scheint sie zu glauben, daß die Arbeiterinnen nicht aus eigener Kraft zu einer solchen Organisation gelangen könnten, und daß es vor allem die Pflicht der bürgerlichen Frauen sei, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen und die nötige Organisationsarbeit zu leisten. Das Vorhandensein der socialdemokratischen Arbeiterinnenbewegung scheint ihr völlig unbekannt zu sein. Sie forderte die besser situierten Frauen auf, sich zu den Arbeiterinnen zu begeben, da die Arbeiterinnen sich nicht zu den besser Situierten begeben könnten.

Die Frauen, die nachher in der Diskussion sprachen, waren ja nun allerdings alle von lebhaftem Wohlwollen für die Arbeiterinnen erfüllt und es liegt uns fern zu behaupten, daß dies Wohlwollen etwa nur der Heuchelei entspringt. Man hatte aber in großen und ganzen doch den Eindruck, daß es diesen Damen nicht recht ernst mit der neuen Aufgabe, der Incenterung der Arbeiterinnenbewegung sei. Sie denken sich auch die Sache viel zu gemächlich; das geht schon daraus hervor, daß sie sich von dem gutmütigen freisinnigen Abg. Dr. Max Hirsch Belehrung und Rat holten. Das Wort Socialdemokratie wurde im Laufe der Verhandlungen überhaupt nicht erwähnt. — Charakteristisch für das Verständnis, das die Delegierten im allgemeinen der Arbeiterinnenbewegung entgegenbrachten, waren die Ausführungen des Hl. Auerbach, die als bestes Mittel, um der ganzen socialen Rot in den unteren weiblichen Ständen ein Ende zu machen, empfahl, daß man die Mädchen veranlassen sollte, nicht Arbeiterinnen, sondern Dienstmädchen zu werden. Sie versprach sich davon die allergünstigsten socialen und vor allem sittliche Wirkungen. Kel-

lappzig, eine Dame, die überhaupt einen sehr verständigen Eindruck machte, antwortete ihr allerdings sehr mit Recht, daß für die 600 000 Fabrikmädchen, die wir in Deutschland haben, sich wohl schwerlich Herrschaften finden würden, daß also schon aus diesem Grunde jener schöne Plan hinwärtig sei, ganz zu schweigen davon, daß die Dienstmädchen eben in vieler Hinsicht sogar noch den Fabrikarbeiterinnen gegenüber benachteiligt seien, vor allem in der Bewegungsfreiheit, und daß es auch mit dem stillosen Galt, den so eine Familie gewähre, zuweilen sehr bedenklich liege, was vor allem aus der Thatsache hervorgehe, daß eine große Anzahl der Prostituirten sich aus Dienstmädchen rekrutierten, die von ihrer Herrschaft verführt worden sind. Die Diskussion, die anfangs in recht sachlicher Weise geführt wurde, vor allem durch Hl. Dr. Anita Augspurg, endete leider damit, daß man die Liebe als Allheilmittel gegen alle socialen Schäden aufrief. Ein evangelisch-socialer Pfarrer Hofstet aus Colmar, der im übrigen ein sehr sympathisches Wesen zeigte, kam gar auf die merkwürdige Idee, daß die Frauen der besitzenden Klassen alle diejenigen Arbeitgeber donotieren sollten, die ihren Arbeiterinnen schlechte Löhne auszahlten, und daß sie sich freiwillig erbieten sollten, für die Ware mehr zu zahlen, wem den Arbeiterinnen dadurch geholfen werden würde. Dieser Vorschlag erregte großen Enthusiasmus unter den anwesenden Damen. Es wäre wirklich interessant, wenn man erfahren könnte, wie viele von diesen Damen beim nächsten Besuch in ihrem Konfektionsgeschäft dem Besitzer diesen Vorschlag auf die Ware zu dem oben erwähnten Zwecke wirklich anbieten werden.

Trotz aller Rücksichtselten, die die bürgerliche Frauenbewegung bei uns unsehbar zeitigen muß, wenn sie sich mit einem socialen Problem von der Tragweite der Arbeiterinnenfrage beschäftigt, ist doch u. E. eine scharfe Zurückweisung der hier angebotenen Hilfe von unserer Seite nicht am Platze. Es ist in der That der Umstand nicht zu unterschätzen, daß der Klassengegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen bei den Frauen nicht die Rolle spielt, wie bei den Männern, da die Frau nur in den seltensten Fällen als Unternehmerin ihren Geschlechtsgefährten gegenübertritt, daher auch ideologischen Regungen viel mehr zugänglich ist, als der männliche Unternehmer. (Weilnehmerweise sind diese ideologischen Regungen nicht vorhanden, wo die Frau als Dienstherrin dem Dienstmädchen gegenübersteht.) Es ist ferner nicht zu verkennen, daß auch die Frauen der oberen Stände unter einem Ausnahmestande zu leiden haben. Personen aber, die selbst leiden, haben auch für die Leiden anderer mehr Mitleid. Somit ist es sehr wohl möglich, daß die bürgerliche Frauenbewegung der proletarischen in manchen Punkten Vorarbeit leisten kann.

Es wurde zwar heute einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Delegierten der Vereine Frauenwohl sowie befreundeter Vereine fassen folgende Resolution:

Die Arbeiterinnenfrage ist in das Programm der Vereine aufzunehmen. Die Vereine halten es für ihre Pflicht, diese Frage theoretisch und praktisch in Angriff zu nehmen. Sie richten zu diesem Behufe eine Kommission ein, welche die nötigen Schritte thut, um Verständnis für diese Frage herbeizuführen:

- durch Vorträge und Einrichtung von Kursen über Gewerksvereine, Gewerkschaften, Arbeiterschutzgesetz, Art und Weise, Engländer zu unternehmen usw.
- durch Anbahnung von Organisationen der in jeder Stadt vorhandenen Arbeiterinnen in den einzelnen Berufen, unter Hinzuziehung von Arbeiterinnen als gleichberechtigte Mitglieder des betreffenden Arbeitsausschusses.

Aber die Ausführung des praktischen Teiles liegt in weitem Maße. Einige Damen, die aus Provinzialstädten delegiert waren, und die in ihrer Provinz einfall noch der Meinung waren, daß man das, was man in einer Resolution verspricht, auch sofort in die That umsetzen müsse, wurden sehr ängstlich und erklärten, daß ihre Vereine viel zu schwach seien, um derartige Dinge zu inscenieren.

In der That würden wir auch sehr sehr gerne, wenn wir von der Mitarbeit der Frauenrechtlerinnen als Masse etwas erwarten. Wohl aber könnten und einzelne Persönlichkeiten nützen. Die Frauenbewegung verfährt, wie jede aufstrebende Bewegung, über eine Anzahl von Intelligenzen, die, in vernünftiger Weise ausgenutzt, unserer Bewegung große Dienste leisten könnten. So können vor allem die studierten Frauen dadurch, daß sie die ihnen gebotenen Hülfsmittel der Wissenschaft zum Studium der Arbeiterinnenfrage verwenden, wertvolle Untersuchungen anstellen, die die Grundlage für die zu erfindenden Reformen und für die Ziele des wirtschaftlichen Kampfes abgeben könnten.

Es ist nicht allzu viel, was uns die um den Verein Frauenwohl bieten können. Aber was sie uns bieten, das nehmen wir an.

Das den Delegiertentag selbst betrifft, so wurde heute noch die Bildung von Propaganda-Ausschüssen lebhaft diskutiert und eine Anzahl vortrefflicher Vorschläge angenommen. Ob sie auch praktische Resultate zeitigen werden, steht einstweilen noch dahin, die schon erwähnten Delegierten aus der Provinz ließen sich auch hier wieder sehr ängstlich betheiligen. Besonders schlecht soll es nach dem Bericht einer älteren Dame aus Breslau um Schlesien stehen. Der freisinnige Reichstags-Abgeordnete Herr Dr. Müller-Sagan, der in diesem Kreise nicht über „Hofisches“ sprechen konnte, verteidigte lebhaft die Provinz, in der er so lange gewirkt.

Einen sehr anmutigen Eindruck machte es auch, als Frau Cauer den Herrn Dr. Max Hirsch an seine Fügung, den Frauen das Wahlrecht zu verleihen, erinnerte. Einstweilen hat er leider sein Wort nicht einlösen können, er gab es aber heute erneut ab, was allerseits sehr zu befriedigen schien.

In der Nachmittags-Sitzung hielt Fräulein Dr. J. Anita Augspurg ein Referat über die kommunalen Ämter der Frau. Abends wird Pfarrer Hofstet in einer öffentlichen Versammlung über die Sittlichkeitsfrage sprechen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Verhandlungen der Berliner Steinmetzen mit den Unternehmern sind abgebrochen. Gesellenauschuss und Innungsvorstand traten am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen. Es kam aber nicht mehr zu Verhandlungen, sondern, da die Vertreter der Innung von dem Gesellenauschuss verlangten, daß die Steinmetzen ihre beim Einigungsamt eingereichten Anträge zurückziehen müßten, ehe auf weitere Tarifverhandlungen eingegangen werden könnte, und da die Vertreter der Arbeiter hierauf nicht eingehen konnten, fand die Sitzung einen jähen Abschluß. Der Kampf wird also nun um so erbitterter weiter geführt werden.

Achtung, Metallarbeiter! Im Auslande befinden sich die Kollegen folgender Betriebe: F. F. A. Schulze; Gerede; Engle Aktiengesellschaft; Grimm u. Sohn; Ende u. Devos; Reichelmann; Kramme; Protrecht; Vögel, Gartenstraße; Eitner; Rudolph; Rarnberg; Sped; Verth. Joseph; Schwidinski; Kneifel; Speier u. Cie.; Schäfer; Jul. Hand; Gladenbad, Aktiengesellschaft, Friedrichshagen; Feiler, Ober-Schöneweide. Junge von Formem, Klempner, Güttern, Drähern, Drechern, Sälzern, Schleifern, Eisenlern und sonstigen Metallarbeitern ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung

des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Achtung, Holzbildhauer! Wegen Rückbewilligung der gestellten Forderungen sind Kollegen folgender Werkstätten in den Auslande getreten: Thum, Grimmstr. 35; Arndt, Neue Königstr. 10 (arbeitet für Branzlow); Vogel, Rixdorf; Kneisebedstr. 115; Barg, Friedrichsbergstraße 10; Weyer, Brüderstr. 7; Peiß, Remelerstr. 31; Branzlow, Neue Königstr. 15; Schulz, Siegelstr. 30; Jacquemin, Alte Jakobstr. 88; Kirchner, Adalbertstr. 42; Greig, Ballisadenstr. 57; Kramer, Kopenstraße 60; Solont, Rixdorf, Wallerstraße 26; Brandenburg, Wilhelmstr. 124; Bröger, Kottbuser Damm 35; Neumann, Rantewasserstr. 22; Ozorkewitz, Hochstr. 2.

Es wird ersucht, diese Werkstätten streng zu meiden. Meldungen, auch der Firmen, welche bewilligt haben, sind umgehend an die Lokalkommission, Köpnickstr. 62 (Restaurant Spielberg, Telephon

Die „Harmlosen“ vor Gericht.

Vierter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Denjo fest, daß wieder einige der geladenen Zeugen nicht erschienen sind. Einige Hektik erzeugt es, daß drei derselben plötzlich eingetretene Darmkatarrhe als Hinderungsgrund geltend machten. Der Vorsitzende verliest ein vom Grafen Pucci eingegangenes Telegramm folgenden Wortlauts: „Bin bereit, zu kommen, wie steht es aber mit den Reisekosten?“ — Rechtsanwalt Dr. Schwindt teilt ein soeben an ihn eingegangenes Telegramm des Generalmajors v. Kröcher, des Vaters des Angeklagten v. K., mit, in welchem dieser erklärt, daß (bezüglich der von ihm angeblühenden Ueberzeugung, daß sein Sohn ein gewerbsmäßiger Glücksspieler sei) natürlich ein Mißverständnis vorliege. Generalmajor v. K. erklärt sich zur Zeugenaussage bereit und stellt sein Erscheinen um 12 Uhr in Aussicht.

Als erster Zeuge wird Batterie-Chef v. Unger vernommen. Er soll auslegen, aus welchem Grunde v. Kröcher zur Reserve übergegangen ist. Der Zeuge hat erfahren, daß dies auf eigenen Wunsch des Herrn v. Kröcher geschähe sei, doch kann er Sichereres darüber nicht angeben. Das Generalkommando soll deshalb um Auskunft ersucht werden.

Zeuge v. Kardorff

Ist etwa 7-8mal in der Spielergesellschaft gewesen. Nach seiner Meinung wählte „jeder Mensch“, daß im Victoria-Hotel gespielt wurde, er sei daher nicht etwa dort hin „geschleppt“ worden. Es wurde meist bacc tournants gespielt. Zeuge ist auch dreimal in der Gesellschaft des Central-Hotel gewesen. Die Einladung zum Eröffnungs-diner sei nur vom Grafen Glogoffstein unterschrieben gewesen, der Zeuge hat aber nicht daran teilgenommen, denn zu einem Diner, zu dem Graf Glogoffstein einladet, geht man nicht. — Vors.: So, das ist mir interessant zu hören. Weshalb steht Graf v. Glogoffstein in so schlechtem Ruf? — Zeuge: Nun, Glogoffstein ist von den 10. Mannen unter sehr fragwürdigen Umständen fortgegangen. Ich habe Herrn v. Kaiser gegenüber auch mein Estime darüber ausgedrückt, daß man Glogoffstein die Einladungen habe unterzeichnen lassen. Angeklagter v. Kaiser: Ich glaube, das hat mir der Zeuge erst nach dem Diner gesagt. — Zeuge v. Kardorff: Nein, ich glaube, es war schon vor dem Diner. Der Zeuge bleibt bei dieser Behauptung stehen, als ihn ein Zeigler noch einmal danach fragt. — Vors.: Waren Sie auch bei H. Albrecht? — Zeuge: Jawohl, einmal bei Albrecht, zwei bis dreimal war ich bei ihm. — Vors.: Kannten Sie Wolff? — Zeuge: Nein. — Vors.: Hat nicht v. Kaiser mit einem alten Herrn in Ihrer Gegenwart die Bank zusammen gehalten? — Zeuge: Es wäre mir auffällig gewesen, wenn sich Kaiser mit einem Manne wie Wolff zur Bank assoziiert. — Vors.: War Herr v. Kaiser Arrangeur der Spielabende im Victoria-Hotel? — Zeuge: Nein. Im Victoria-Hotel gab es keine Arrangeure. Man traf sich dort und war da. — Vors.: Herr v. Kaiser soll an Sie einmal 1500 Mark verloren haben? — Zeuge: Ob verloren oder gepumpt, weiß ich nicht. Jedenfalls habe ich einmal von Kaiser 1500 Mark geschickt bekommen. — Oberstaatsanwalt: Können Sie über die Einkünfte und die Lebenshaltung v. Kaisers Auskunft geben? — Zeuge: Kaiser hatte einen Wechsel ungefähr wie wir alle. Er wird sich zwischen 200 und 400 Mark bewegt haben. Ich kann nur sagen, daß v. Kaiser nicht luxuriös gelebt hat. Daß er natürlich während er gespielt hat, mehr ausgegeben hat wie 400 Mark, das ist klar. Das ist ja eben der Fluch des Spiels, daß alle, die spielen, über ihre Verhältnisse leben. Ich mag dieser Behauptung wegen angegriffen werden, aber es ist doch einmal Thatsache. Es mag ja sehr bedauerlich sein, aber es ist einmal so. — Verteidiger Rechtsanwalt Schwindt: Weshalb sind Sie denn in den Spiel-circles gegangen? Hatten Sie die Absicht, dort täglich Gewinn zu machen und dann mit den erworbenen Schätzen vergnügt nach Breslau abzubampfen? — Zeuge: Die Frage ist so schwer zu beantworten. Man sagt sich natürlich nicht zum Spiel hin, um zu verlieren. Man spielt eben um des Spiels willen. — Verteidiger Schwindt: Sie wollen sagen, Sie spielten aus Passion? — Zeuge: Jawohl, ich bemerke übrigens, daß ich jetzt nicht mehr spiele. Auf Befragen des Verteidigers Dr. Schachtel giebt der Zeuge dem Angeklagten v. Kaiser

ein gutes Kennungszeugnis.

Er sei mit ihm befreundet. v. Kaiser sei hochbegabt, nenne aber auch einen beidenden, rücksichtslosen Witz sein eigen. Das habe ihm auch manchen Feind gemacht. Er halte v. Kaiser für einen anständigen Menschen, ebenso wie sein Korps „Saxonia“, das Herrn v. Kaiser nicht das Band entzogen habe. — Angekl. v. Kaiser bestätigt, daß ihm das Korps „Saxonia“ trotz seiner Lage noch hochhalte und ihm das Band nicht entzogen habe. Er erwähnt gleichzeitig, daß er noch in das Untersuchungsgefängnis von seinem Korpsbruder Regierungsdirektor v. Gajelbarth einen freundschaftlichen Brief erhalten, in welchem dieser mittelst, daß er die Doktorarbeit Kaisers sehr gut habe beurteilen können.

Rechtsanwalt Dr. Schachtel stellt den Antrag, verschiedene Herren zu laden, die den Angeklagten v. Kaiser ganz genau kennen, Korpsbrüder desselben, Offiziere etc., die in Anschriften an den Untersuchungsrichter ihrer vollen Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben, daß sie Herrn v. Kaiser nicht für fähig halten, unanständige Handlungen zu begehen. — Vors.: Herr Verteidiger, wenn Sie bei jedem Zeugen sofort solche neue Anträge stellen, dann dürfte die Verhandlung 6 Wochen dauern. — Dr. Schachtel: Daraus würde es schließlich doch nicht ankommen, es soll doch die ganze Sache aufgelklärt und die Wahrheit gefunden werden. — Vors.: Der Herr Verteidiger kann doch solche Anträge bis auf spätere Zeit versetzen und den weiteren Gang der Verhandlung abwarten. Es könnte doch beispielsweise sein, daß die Verhandlung sich so gestaltet, daß eine Verurteilung nicht erfolgen könnte, und dann würden doch die Anträge überflüssig sein. — Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Schwindt erklärt der Zeuge, daß nach seinem Empfinden bei seiner Vernehmung, die beim Untersuchungsrichter Herr unter Anwesenheit des Herrn v. Mantuffel stattfand, er unwillkürlich durch die Fragen, die ihm gestellt wurden, prädisponiert worden sollte.

Wer beherrscht die Situation?

Rechtsanwalt Dr. Schachtel: Haben Sie den Eindruck gehabt, als ob der Untersuchungsrichter Herr mit den Mysterien des Baccarat-Spiels vertraut war? — Zeuge: Keineswegs. Ich bin aber überzeugt, daß Herr v. Mantuffel nicht viel davon versteht. — Der Oberstaatsanwalt läßt sich demgegenüber vom Zeugen bestätigen, daß das Protokoll doch nicht vom Herrn v. Mantuffel, sondern vom Herrn Untersuchungsrichter ordnungsmäßig aufgenommen und von dem Zeugen unterschrieben worden ist. Ueber den Inhalt des Protokolls und die Art, wie dem Zeugen bei seiner Vernehmung die Fragen vorgelegt wurden, entsinnen sich lange und zum Teil so exakte Erörterungen, daß der Vorsitzende zu einer ersten Rüge an den Zeugen sich veranlaßt sieht. „Das wäre ja noch schöner, wenn hier die Zeugen denken, sie könnten die Situation hier beherrschen!“ Der Gedankenang der Vernehmung und auch des Zeugen ist hier: Bei der Vernehmung des Zeugen seien in den Fragen die belastenden Momente zu sehr betont, die entlastenden Momente seien dagegen in den Fragen nicht genügend zum Ausdruck gekommen. Dadurch und daß die gegen die Angeklagten erhobenen Beschuldigungen nach Auffassung der Verteidigung auf Mißverständnissen und Angaben mißglückter Personen beruhen, sei die Situation der Angeklagten über Gebühr verschlechtert worden. — Oberstaatsanwalt: Wenn der Verteidiger Dr. Schachtel bei jeder Aussage eines Zeugen so weit-

gehende Ausführungen macht, so erkläre ich schon jetzt, daß ich nicht des längeren darauf erwidern werde, daß ich aber damit keineswegs meine Ueberzeugung mit den Ausführungen der Verteidigung ausdrücken will. — Dr. Schachtel: Die Verteidigung muß bei denjenigen Zeugen, die besonders wichtig sind, auch längere Fragen stellen.

Der nächste Zeuge, Lieutenant v. Voller-Poppenberg, hat mehrmals mit dem Angekl. v. Kaiser zusammengepielt, kann aber über dessen Verhalten beim Spiel absolut nichts Ungünstiges auslegen. Er glaubt bestimmt nicht, daß es überhaupt möglich gewesen wäre, in jenem Spielkreise Trics auszuführen, die nicht gentleman-like seien. v. Kaiser hat an ihn 700 M. verloren, die er in Raten auch bezahlt hat. — Auf Befragen durch den Rechtsanwalt Dr. Schwindt bestätigt der Zeuge, daß der Angeklagte v. Kröcher seiner Zeit krankheitshalber Urlaub und dann seinen Abschied genommen hat. Es ist ihm zu Ehren auch das übliche Abschiedsbüchlein gegeben und Herrn v. Kröcher das übliche Ehrengepäck überreicht worden.

Rechtskandidat v. Raydorff, der etwa dreimal im Klub war, hat dort im ganzen etwa 1000 M. gewonnen. Er weiß Rechtliches über die Angeklagten nicht auszusagen. Er sei vom Klub fern geblieben, weil ihm die Person des Lieutenant a. D. v. Brillow unympathisch war; dieser hatte keine weitere Beschäftigung, sondern lag nach seiner Meinung lediglich dem Spiel ob. — Justizrat Dr. Sello läßt den Zeugen bestätigen, daß auch er, ebenso wie die Angeklagten, seinen Spielgewinn nicht etwa weggelegt, sondern ausgegeben hat.

Durchlaucht.

Der nächste Zeuge ist der 23 Jahre alte Lieutenant Prinz Max Theodor von Thurn und Taxis. Auch er habe bei Albrecht, im Centralhotel etc. mehrmals an den Spielabenden teil genommen und kennt alle drei Angeklagte. Es sei richtig, daß er von dem Angeklagten v. Kaiser auch gewonnen habe. Daß die Angeklagten die Bank zusammen gehalten, sei ihm nicht erinnerlich. — Präsi.: Durchlaucht sollen auch Herrn Wolff gekannt haben? — Zeuge: Das ist richtig. — Vors.: Haben Durchlaucht freundschaftlich mit diesem gestanden? — Zeuge: Nein. — Vors.: Es wird sogar behauptet, daß Sie mit Wolff Arm in Arm gesehen worden seien. — Zeuge (nach einigem Zögern): Das kann ich mir nicht denken. Ich habe Wolff außer im Centralhotel vorher nie gesehen. — Angeklagter v. Schachtel: Ich habe Durchlaucht einmal auf dem Korridor des Centralhotels Arm in Arm mit Wolff promenieren gesehen und habe mich später daran erinnert, daß ich mich wundern mußte, daß mir aus meinem Verkehr mit Wolff ein Vorwurf gemacht wurde. — Vors.: Haben Sie nie ein Fragezeichen hinter die Person des Wolff gesetzt? — Zeuge: Keineswegs, Wolff machte den Eindruck eines durchaus anständigen Mannes. Ich konnte auch durchaus nicht annehmen, daß in jenem Klub eine zweifelhafte Persönlichkeit verkehren könnte. — Präsi.: Herr Wolff ist wohl aalglot gewesen? — Zeuge: Herr Wolff war lebenswürdig und wohlherzogen. — Auf weiteres Befragen erklärt der Zeuge weiter, daß er auch mal an Kröcher verloren und ebenso von diesem gewonnen habe und die Regulierung sehr bald erfolgt sei. Auch Herr v. Kaiser habe die Regulierung bald vorgenommen. — Angeklagter v. Kaiser: Ich muß bemerken, daß der Prinz von Taxis auch zweimal mein Schutzbücher war. Er hat mir die Beträge, die allerdings nur gering waren, innerhalb 24 Stunden zurückgeschickt. Präsi.: Durchlaucht, haben Sie je bemerkt, daß es nicht richtig zugeht, wenn die Herren v. Kaiser und v. Kröcher die Bank hielten, daß sie mit dem Herrn Wolff partiierten oder dergleichen? — Zeuge: Nein, mir ist niemals irgend etwas Verdächtigendes vorgekommen, ich habe die Herren für tadellose Kavaliere gehalten. — Präsi.: Weshalb sind Sie vom Klub zurückgetreten? — Zeuge: Das waren ganz zufällige Gründe. — Angekl. v. Kaiser: Durchlaucht, ist es Ihnen erinnerlich, daß ich bei Ihnen recht hoch in der Kreide stand, als wir zum letzten Male im Hotel Minerva spielten? — Zeuge: Das ist richtig. — Angekl.: Durchlaucht, entsinnen Sie sich, daß wir uns am 27. Januar d. J. am Geburtstage seiner Majestät im Foyer des Opernhauses trafen und uns etwa 10 Minuten unterhielten? — Zeuge: Gewiß, dessen entsinne ich mich. v. Kaiser: Haben wir nicht ferner auf dem sogenannten „Kleinen Hofball“ zusammen gesprochen? — Zeuge: Jawohl. — v. Kaiser: Gut. Das war also zwei Tage vor meiner Verhaftung und lange nach dem Erscheinen der Artikel im „Berliner Tageblatt“. Hatten Sie den leinsten Verdacht, daß diese Artikel sich auf meine Person beziehen sollten? — Zeuge: Nein. — Angekl.: Ich nehme auch an, daß Sie dann nicht mit mir gesprochen haben würden. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt läßt sich vom Zeugen bestätigen, daß v. Kröcher an jenem Abend bei Albrecht, als er angeblich selbst die Karten mitgebracht haben soll, bedeutend im Verlust gewesen ist. — Angekl. v. Kröcher: Durchlaucht werden sich entsinnen, daß ich mich fast jedesmal tot laufe. Sie gewannen 1800 Mark, Graf Pucci ein paar Tausend, ich muß im ganzen gegen 7000 Mark verloren haben. — Zeuge: Ich schätze Ihren Verlust auf so hoch. — Rechtsanwalt Puccini: Durchlaucht, würde es Ihnen ausgefallen sein, wenn v. Kaiser und v. Kröcher zusammen die Bank gehalten hätten? — Zeuge: Keineswegs. — v. Kaiser: Durchlaucht bestätigen mit also, daß Wolff tadellose Kamrieren und das Auftreten eines Kavaliere hatte? — Zeuge: Gewiß, ich habe auch mehrfach französisch mit ihm gesprochen und wahrgenommen, daß er ein elegantes französisch sprach.

Frankfurter Spielkarten.

Zeuge Wäst aus Frankfurt a. M., von der Spielkartenfabrik Wäst u. Co. daselbst, behauptet, daß weder die Art der Verrichtung der Karten für den Klub, noch die Herstellung dieser selbst, noch die Beschaffenheit der Rückseiten der Karten irgend etwas Bedenkliches oder Verdächtiges habe. Es seien die gewöhnlichen Karten, wie sie an die verschiedensten Klubs geliefert werden. Diese Klubkarten gebe es nicht an allen beliebigen Orten, denn sie seien etwas Besonderer Art, sie seien handlich, wie die gewöhnlichen Karten. Die dem Klub der Harmlosen gelieferten Karten seien das allgemeine französische Modell, welches in Frankreich, im Uff und fast in allen Weltteilen gebraucht wird. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel: Weich der Zeuge irgend etwas davon, daß solchen Karten die Bezeichnung „Banquierskarten“ beigelegt wird? — Zeuge: Das ist mir absolut unbekannt, ich wüßte auch keinen Grund zu einer solchen Bezeichnung. — v. Kaiser wünscht vom Sachverständigen Graf Reventlow zu erfahren, ob ihm ein Wort davon bekannt sei, daß — wie in der Anklage behauptet wird — diese Karten in Spielkreisen sehr gefürchtet seien. Es wird beschloffen, die Erörterung dieser Frage bis zur weiteren Vernehmung des Herrn v. Mantuffel zu vertagen. — Der Zeuge wird noch veranlaßt, sich über die Behauptung v. Mantuffels zu äußern, daß infolge der Art des Abschneidens der Karten bei der Fabrikation ganz bestimmte „Naturmarken“ auf der Rückseite entstehen, an denen ein sorgfamer Beobachter leicht erkennen könne, welche Karten Reunen, Reunen, Könige etc. sind. Der Zeuge bestreitet dies entschieden. Die Deffins der Karten seien natürlich nicht genau übereinstimmend herzustellen, es sei aber nicht zutreffend, daß bei allen Karten einer bestimmten Gattung eine Gleichmäßigkeit der Deffins an den Karten sich zeige. Dies sei namentlich nicht der Fall, wenn mit mehreren Kartenpielen gespielt werde. — v. Kaiser: Hat der Sachverständige Graf Reventlow den Ausdruck „Naturmarken“ überhaupt schon gehört? — Graf Reventlow: Nie. — Präsi.: Ich dachte, von den „Naturmarken“ haben wir nun vollständig genug!

Eine neue Ehrenrettung.

Sachmann v. Unger läßt sich dann zur Ergänzung seiner Aussage nochmals vernehmen. Er wiederholt, daß ihm über die Verabredung v. Kröchers selbst nichts bekannt sei. v. Kröcher, den er für einen durchaus honesten Mann gehalten und noch hatte,

habe in seiner Familie verkehrt. Bei einem Liebesmahl habe ihm einmal ein Lieutenant v. Kröcher erzählt: im Hotel Müller in Potsdam hätten mehrere Herren mit v. Kröcher zusammengespielt, sich aber von ihm zurückgezogen, weil er „zu viel Glück“ hatte. Zeuge hat das darin liegende Bedenken entschieden zurückgewiesen, da er Herrn v. Kröcher durchaus für einen Gentleman halte. Er sei auch heute noch der Ueberzeugung, daß v. Kröcher absolut nicht fähig ist, falsch zu spielen, sondern durchaus unschuldig ist. — Angekl. v. Kröcher: Es liegt mir daran, hervorzuheben, daß der Zeuge mich einer unfairen Handlungsweise nicht für fähig hält. — Zeuge (mit Nachdruck): Herr v. Kröcher, Sie haben in meiner Familie und unter meinem Dach verkehrt und deshalb ist es schon selbstverständlich, daß ich Sie eines solchen Spiels für unfähig halte.

Rechtsanwalt Dr. Schwindt wünscht zu wissen, wie der Zeuge überhaupt als Zeuge vorgeschlagen werden konnte. — Zeuge Unger erklärt, daß dies zu seiner großen Verbundenung durch Herrn v. Mantuffel geschähe sei. Herr v. Mantuffel habe zu seinem Befremden behauptet: er habe bei Gelegenheit eines Liebesmahles dem v. Kröcher erzählt, daß v. Kröcher ein luxuriöses Leben geführt habe. Ich habe gar nicht daran gedacht, sagt Zeuge hinzu. Ich bin meines Wissens nie in das Wohnzimmer Kröchers gekommen, jedenfalls nicht positiv sagen, daß ich nichts davon weiß, ob er persische Teppiche u. dergl. gehabt hat, wie ich angeblich soll behauptet haben. — Als ich Herrn v. Mantuffel darauf aufmerksam machte, hat er behauptet, ich hätte ihm noch viel mehr erzählt und als ich ihm erwiderte, daß er sich irren müsse, hat er geäußert, er irre sich selten. Daß er sich thätlich irrt, geht aus folgendem hervor: Ich soll angeblich auch gesagt haben, daß v. Kröcher als mein Untergebener öfter zu spät in den Dienst gekommen ist. Nun ist aber v. Kröcher nie mein Untergebener gewesen!

(Mittagspause.)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird der

Generalmajor Adolf v. Kröcher

vernommen. In energischerem Tone erklärt er auf Befragen des Vorsitzenden, daß er bereit sei, sich vernehmen zu lassen. — Präsi.: Wir wünschen von Ihnen zunächst Auskunft über die 80000 M. — Zeuge: Ich möchte einige Vorbemerkungen machen: Wisher hatte ich mich meines Zeugnisses enthalten, weil ich glaubte, dieser Punkt wäre der einzige, über den er vernommen werden sollte und dieser unwesentliche Punkt durch Verlegen sofort voll aufgeklärt werden könnte. Nun habe ich aber aus den Verhandlungen erfahren, daß ich durch Ablehnung meines Zeugnisses meinem Sohne schade würde, mit dem ich in durchaus guten Beziehungen lebe, oder daß ich gar in den Verdacht komme, ihn selbst für einen gewerbsmäßigen Glücksspieler zu halten, so bin ich aus meiner Reserve herausgetreten und hierher geeilt. — Präsi.: Herr General, in welcher Weise haben Sie Ihren Herrn Sohn nach seinem Austritt unterstützt? — Zeuge: Wie erwiesen sein wird, ist mein Sohn aus dem Militärstande ausgeschieden, weil sein schwankender Gesundheitszustand dies notwendig machte. Er hat schon als Kind schwere Krankheiten durchgemacht. Ich wollte ihm nun einen neuen Lebenserwerb schaffen, und als das Anerbieten des Herrn Klein-Schmidt aus Röhren an uns herantret und ich erfähr, daß sein Unternehmen gut lumbiert sei, war ich sofort bereit, ein Kapital von 82000 Mark, das mir aus einer Erbschaft zugefallen und bei der Deutschen Bank hinterlegt war, auf das Konto meines Sohnes zu übertragen. Als dann die Verbindung mit Klein-Schmidt wieder aufgelöst wurde, fiel mir die Einlage wieder zu, sie wird mir nach und nach in Monatswechseln wieder zurückgezahlt. — Präsi.: Wie viel Zinsen gaben Sie Ihrem Sohne während seiner Dienstzeit? — Zeuge: Monatlich 130 M., in letzterer Zeit aber nur 110 M. — Präsi.: Dürfen Sie, daß Ihr Sohn spielte? — Zeuge: Ja, ich wüßte es, ich habe einmal 5000 M. Spielschulden für ihn bezahlt. — Präsi.: Weitere Spielschulden nicht? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Wann erfuhrten Sie von der Verhaftung Ihres Sohnes? — Zeuge: Ich habe davon erst Kenntnis durch die Zeitungen erhalten. Ich wüßte ja allerdings, daß er einen Hang zum Spielen hatte, daß er Kumpferde hielt, Reisen machte und auch bedeutende Gewinne erzielt hatte. — Präsi.: Er soll gegen 80000 M. in einem Jahre verbraucht haben. — Zeuge: Das ist wohl stark übertrieben. Ich weiß, daß er das ist, was man einen „guten Witz“ nennt. So ist er wenigstens bei seiner Familie bekannt. Als der Artikel gegen meinen Sohn erschien, beschwerte ich ihm „Sofort Ehrenrat!“ Dann reiste ich nach Berlin und in einer Nacht haben wir die Sache zusammen besprochen. — Präsi.: Haben Sie auch mit Herrn v. Mantuffel gesprochen? — Zeuge: Ja, ich fragte ihn, wie die Sache stände und erhielt die Antwort: „Seien Sie ohne Sorge, Herr General, es liegt nichts Beforderendes gegen Ihren Sohn vor!“

b. Kröcher son. kontra v. Mantuffel.

Herr v. Mantuffel hat mir dann bei einer Unterhaltung gesagt: Sagen Sie mir Ihrem Sohn, daß Dr. Kornblum nicht sein Gegner, sondern sein Freund ist. — Präsi.: Herr v. Mantuffel hat behauptet, Sie hätten selbst Ihren Sohn als einen gewerbsmäßigen Spieler bezeichnet. — Zeuge: Aber ich bitte Sie um Gotteswillen! Das habe ich nie in meinem Leben gedacht und meines Wissens auch nie geäußert. Ich habe einmal Herrn v. Mantuffel besucht um Vorgen nach der Verhaftung meines Sohnes, weil ich nach den Andeutungen meines Sohnes glaubte, daß v. Mantuffel seine Interessen aufs Beste wahrnehmen würde. So weit ich mich erinnere, habe ich Herrn v. Mantuffel gefragt: „Sagen Sie, was ist eigentlich gewerbsmäßiges Spiel?“ Die Erklärung, die mir v. Mantuffel gab, schien mir schrecklich für die ganze Spieler-Welt und ich mußte mir sagen, daß danach ja jeder, der nach dem Spiel etwas Aufwand treibt, ein gewerbsmäßiger Spieler sein würde und daß dann die Sache für meinen Sohn auch nicht günstig stehen würde. — Der Zeuge erklärt dann nochmals auf das Bestimmteste, daß er dem Sinn nach jedenfalls — der Worte wisse er sich nicht mehr zu erinnern, da er begriffenweise in einer großen Aufregung war — den Kriminalkommissarius v. Mantuffel nur habe fragen wollen, was unter gewerbsmäßigem Glücksspiel eigentlich zu verstehen sei. Ueber den Klub der Darmlosen habe er, da er Berlin ziemlich fernstehe, nichts gehört. Er habe Herrn v. Schachtel bei Gelegenheit eines Pferdelaufes kennen gelernt. — Der Vorsitzende stellt nunmehr den Zeugen v. Mantuffel dem General v. Kröcher gegenüber.

Wer hat nun falsch ausgesagt?

v. Mantuffel bleibt dabei, daß der General ihm gesagt habe: Ich weiß ja, daß mein Sohn ein gewerbsmäßiger Spieler ist. Darauf will v. Mantuffel den General ersucht haben, nicht weiter zu reden, da er, v. Mantuffel, sonst vielleicht als Zeuge vernommen werden würde. Der General v. Kröcher bleibt auf bestimmteste dabei, daß er niemals seinen Sohn für fähig gehalten habe und niemals für fähig halten werde, gewerbsmäßiger Glücksspieler zu sein. — v. Mantuffel beruft sich darauf, daß er seiner Zeit sofort dem Untersuchungsrichter Herr Witzling von der Aeußerung des Herrn Generals Kenntnis habe. — Zeuge v. Kröcher bestreitet nochmals, daß der Sinn seiner Worte unmäßig der behauptete habe sein können. Uebrigens habe er Herrn v. Mantuffel gegenüber nicht die Worte ängstlich auf die Wahrsache gelegt, da er ja glaube, daß die Interessen seines Sohnes bei Herrn v. Mantuffel in den besten Händen ruhten. — Der Vorsitzende hält eine sofortige Vernehmung des Untersuchungsrichters, Landgerichtsrat Herr, für notwendig. Letzterer erklärt aber, daß er zunächst die Genehmigung des Landgerichts-Präsidenten einholen müsse. Dies soll geschehen. Der Vorsitzende weist die Bemerkung dazwischen, daß er eigentlich nicht

wisse, wozu die eingehende Vernehmung des Zeugen v. Mantuffel nötig erscheine. Es komme doch im wesentlichen darauf an, was die übrigen Zeugen sagen, denn Herr v. Mantuffel könne doch nur das wiedergeben, was ihm von dritten Personen erst berichtet worden ist. — Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Schwandt bestätigte General v. Kröcher, daß sein Sohn unbedingt auf ihn rechnen konnte und genau wußte, daß er sich in finanziellen Rötten auf ihn verlassen konnte. Ein „Versprechen“, nicht mehr zu spielen, habe er seinem Sohn nicht abgenommen, sondern ihm nur ernste Vorhaltungen gemacht und den väterlichen, dringenden Rat erteilt, vom Spielen abzulassen. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schwandt wird die

Mutter des Angeklagten v. Kröcher

vernommen, die bestätigt, daß ihr Gatte bei der Heimkehr aus Berlin ihr die Scene mit Herrn v. Mantuffel genau so erzählt habe, wie dem Gericht. Sie giebt auf Befragen zu, daß auch sie ihrem Sohne häufig kleine Unterhaltungen zugewendet habe, wogegen dieser sich bei Geburtstagen durch kleine Geschenke, wie ein Paar Handschuhe, ein Brillenfutteral oder dergl. revanchiert habe.

Kriminalkommissar v. Mantuffel wird wieder in den Saal gerufen. Der Präsident befragt ihn, wann v. Kröcher zuerst Ausschluß über die Vergangenheit des Wolff erhalten haben könne. Der Zeuge erklärt, daß er selbst mit v. Kröcher über diesen Punkt gesprochen habe. v. Kröcher habe erzählt, daß Kornblum nach dem Erscheinen des ersten Artikels mit Verdächtigungen in betreff des Wolff an ihn herangetreten sei. Er habe aber kein Gewicht darauf gelegt, da Kornblum für seine Angaben keine Unterlage hatte. Dies sei etwa am 15. September gewesen. Der Angeklagte v. Kröcher gab dies zu.

Ein Polizei-Agent.

Präs.: Herr Kommissar, Sie haben uns gesagt, daß Sie von dem Spieler Reuter wertvollen Unterricht in betreff des Faltschspiels erhalten haben. Wollen Sie darüber etwas mitteilen. — Zeuge v. Mantuffel: Da muß ich zunächst erzählen, wie ich dazu gekommen bin. Der bekannte Herr Reuter ist seit der Zeit, daß er seine Spielertätigkeit aufgegeben hat, bei der Polizei eine angenehme Nachrichtquelle. Er kam auch häufig zu mir. Als vor Jahren ein Verfahren gegen einige gewerbmäßige Spieler schwebte, kam Herr Reuter auch zu mir in dieser Sache. Er wollte augenscheinlich für die Angeklagten Stimmung machen, denn er ließ Reuterungen fallen, daß es doch so harmlose anständige Menschen seien, ich möchte doch nicht so scharf gegen sie vorgehen. Um mich in guter Stimmung zu erhalten, erbot er sich, mir zu zeigen, wie man solch Spiele. Ich nahm dies Anerbieten gern an. Auf den Wunsch des Herrn Reuter ließ ich zwei Spiele neuer Karten kommen. Der Besuch rief den Verhältnissen vor meinen Augen durch und steckte die Karten durcheinander. Er machte mir sodann ein Spiel vor und gewann so lange bis er erklärte: „So, nun müssen Sie auch mal gewinnen.“ Die nächste Karte fiel zu meinen Gunsten aus. Reuter erzählte mir dann, daß er beim Mischen der Karten mit großer Fingerfertigkeit die Karten „gepackt“ habe, d. h. die Reihenfolge derselben lenke. Es sei auch durch den sogenannten „Naturpunkt“, der sich auf der gravierten Rückseite einer jeden Karte befände, die Karte zu erkennen, es gehöre aber ein scharfes Auge und lange Übung dazu. Weitere Enthüllungen habe Reuter nicht machen wollen.

Urgewüßtes.

Der Präsident ersucht den Sachverständigen, dem Gerichtshof das Reuterische Kunststück nachzumachen. Der Sachverständige macht unter wiederholter Heiterkeit der Zuhörer einige Tricks vor, wie man durch „Packen“ und geschicktes Mischen sich über die Reihenfolge der Karten orientieren könne. Die interessantesten Ausführungen schließen damit ab, daß auf Befragen des Oberstaatsanwalts der Sachverständige zugiebt, daß zu diesem Trick des „Packens“ immer gehört, daß sich der Betreffende die Karten des Spiels angesehen haben müsse. — Graf Reventlow erklärt, daß ein solches „Packen“ an den Spielenden absolut ausgeschlossen war und überdies die Karten nicht nur vom Bankhalter, sondern auch noch von möglichst vielen am Tischlich versammelten Personen gemischt wurden. — Der Sachverständige Herrmann giebt dann noch unter frohlicher Aufmerksamkeit der beteiligten Faktoren einige Proben seiner Kunst, die das alte Wort illustrieren sollen: „Geschwindigkeit ist keine Dummheit.“ — Die Angeklagten wünschen, die Kunst des Herrn Herrmann auch mit anzusehen und treten deshalb auch an den Tisch, vor welchem Herr Herrmann seine Experimente macht. Sie sind der Ansicht, daß diese Tricks doch nur von geübten Präsidialjuden ausgeführt werden können. Der Sachverständige meint aber, daß „Faltschpieler“ dies sehr leicht erlernen und wenn sie andere Leute betrogen wollen, auch sehr leicht die Kartengattungen an den Schaffierungen erkennen wollen. — v. Kröcher: Na dann bitte, betrogen Sie uns doch mal! — Sachverständiger Herrmann: Ich bin doch kein Faltschpieler! — Rechtsanwalts Dr. Schwandt: Zur Ausführung der hier so interessant geschilderten Tricks gehört doch wohl eine sehr lange Übung? — Sachv. Herrmann: Keineswegs! — Rechtsanwalts Schwandt: Würden Sie es unternehmen, beispielsweise mich selbst in 14 Tagen in der Kunst so weit zu unterrichten, daß ich diese Tricks beim Spiel anwenden könnte? — Sachverständiger Herrmann: Oh nein, Herr Rechtsanwalt, bringe ich es in einem Tage bei! (Große Heiterkeit.) — Sachverständiger Graf Reventlow ist der Ansicht, daß die Kenntnis der Karten für den Bankier nicht viel wert sei, da ja die Sätze der Pointensysteme fest auf den Karten stehen und der Bankhalter nicht weiß, ob der Pointeur zulaufen wird oder nicht. Ein betrugreiches Verhalten werde allerdings begünstigt, wenn — wie dies in nicht sehr rigorosen Klubs ja wohl vorkommt und auch im Klub der Harmlosen vorkam — noch nachgesehen werden kann, selbst wenn die erste Karte bereits ausgegeben ist.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt v. Mantuffel weiter, daß Graf Königsmark ihm gesagt habe, er habe von dem Zeugen Zakerjewski gehört, daß v. Kröcher und v. Kaiser dem Klubdiner Montaldi 700—800 R. gegeben haben und dieser schleimig verdunstet sei. Den Vortrag der Mitteilung wisse er nicht mehr, es habe aber auf ihn den Eindruck gemacht, als ob gesagt werden sollte, daß die beiden Angeklagten den Montaldi über die Grenze geschickt haben. — Angeklagter v. Kaiser wünscht zu wissen, mit welchem Recht Herr v. Mantuffel die im Klub benutzten Karten als „Pauensänger-Karten“ bezeichne, die als solche in Spielkreisen bekannt seien. — v. Mantuffel erklärt, daß diese Behauptung nur durch ein Mißverständnis in die Klage übergegangen sei. Er habe tatsächlich nur von den Karten mit scharferen Rückseite gesprochen. — v. Kaiser: Auf welche „Spielerreise“ bezieht sich denn Herr v. Mantuffel immer? — v. Mantuffel: Ich greife dabei auf Conrad Reuter zurück, der in sehr vornehmen Kreisen verkehrte. — v. Kaiser: Was waren das für Kreise? — v. Mantuffel: Es ist obenmäßig festgestellt, daß Conrad Reuter mit Mitgliedern des Unionklubs auf der Fahrt nach und von Hoppegarten gespielt hat.

Der alsdann vorgerufene Zeuge

Graf Günther v. Königsmark

glaubt, daß er dem Kommissar v. Mantuffel wohl die Ansicht des Lieutenant v. Zakerjewski mitgeteilt haben mag. Der Zeuge hat nie Verdächtigungen beim Spiel bemerkt, er wäre verpflichtet gewesen, sofort einzuschreiten, wenn etwas passierte, was nicht gentlemanlike war. Allerdings haben die Angeklagten viel gewonnen, was auf sich, ohne daß dabei der Gedanke des Faltschspiels aufkam. Herr v. Wolff hat Zeuge nicht gekannt. Das Ausscheiden des Zeugen aus dem Klub sei durch einen recht großen Spielverlust an Herrn v. Brede veranlaßt worden. Der Zeuge hat einmal, als der Angeklagte v. Kröcher auffallend lange im Glücke saß, „aus Scherz“ an diesen geschrieben, daß er doch aufhören solle zu spielen, da er sonst leicht den § 84 des Strafgesetzbuches, der vom gewerblichen Glücksspiel handelt, verletzen könnte. Herr v. Kröcher sei über diesen „Scherz“ — der tatsächlich nur ein solcher sein sollte — sehr empört gewesen. — Der Zeuge hat, wie der Oberstaatsanwalt hervorhebt, bei seiner Vernehmung im Vorverfahren

manches zu Ungunsten der Angeklagten ausgesagt und den Artikel des „Berliner Tagebl.“ in verschiedenen Punkten unterstützt. Heute Mittag, wie der Staatsanwalt meint, keine Befundungen viel milder. Dem Zeugen werden einige Punkte aus dem betreffenden Protokoll vorgehalten, in denen der Oberstaatsanwalt Widersprüche findet. Der Zeuge erklärt, daß seine Vernehmung an einem Tage stattfand, als er müde war und von einer Reise zurückkehrte. Vor der Vernehmung habe er 4 oder 5 Konferenzen mit Herrn v. Mantuffel gehabt, der ihm manches sagte, was andere angefaßt haben sollen. Er sei deshalb bei seiner Vernehmung präcooperiert gewesen. — Oberstaatsanwalt: Wie meint der Herr Zeuge dies? — Zeuge: Als der erste Artikel erschienen war, bin ich zum Polizeipräsidenten gefahren und habe den Polizeidirektor v. Meerfeld-Güllesheim gefragt, ob es nicht möglich sei, solche Artikel zu unterdrücken, denn es würden dadurch etwa 200 Offiziere und Kavaliere und die ganze junge vornehme Welt von Berlin in Mitleidenschaft gezogen werden. Er sei auch zum Geh. Rat Dietrich gegangen, ferner zum Präsidenten v. Windheim, der ihm ziemlich scharf entgegen getreten sei. Herr v. Mantuffel habe ihm gesagt: Wir müssen hier so scharf vorgehen, wie wir können. In den 5 bis 6 Konferenzen habe Herr v. Mantuffel die Sache stets schroffer aufgefaßt, als sie tatsächlich war und es sei sehr möglich, daß er infolge der ganzen Konferenzen mit v. Mantuffel bei der Vernehmung manches Urteil schärfer abgegeben habe, als dies sonst der Fall gewesen wäre. — Zeuge v. Mantuffel: Ich muß im Namen der Behörde, deren einziger Vertreter ich hier im Saale bin, ausdrücklich erklären, daß ich die Unterstellung, als ob ich den Herrn Grafen Königsmark in irgend einer Weise beeinflusst hätte, entschieden zurückweisen möchte. — Zeuge Graf Königsmark: Ich habe eine solche Behauptung auch gar nicht aufgestellt. — Dem Zeugen Graf Königsmark wird aus dem Protokoll über seine Vernehmung vorgehalten, daß er damals ausdrücklich gesagt habe: er halte den Angeklagten v. Kröcher für einen gewerbmäßigen Glücksspieler. Der Zeuge erklärt, daß er nicht genügend juristische Kenntnisse besitze, um den Begriff des gewerbmäßigen Glücksspiels genau zu umgrenzen. Er habe nur daran gedacht, daß Herr v. Kröcher ein solches Leben geführt und eine kleine Zulage gehabt habe. — Der Oberstaatsanwalt kann ferner nicht begreifen, daß der Zeuge den erwähnten Brief an v. Kröcher „aus Scherz“ geschrieben haben könnte. Das würde doch ein sehr bedenklicher „Scherz“ sein, denn unter Umständen würden es die Angeklagten einem solchen Scherz zu verdanken haben, daß sie so lange in Unterjochung geblieben. Ueberdies habe der Zeuge bei seiner Vernehmung auch noch gesagt, v. Kröcher sei drei Tage nach jenem Briefe abgereist. — v. Kröcher läßt sich durch den Anwaltsadvokat Mayer bestätigen, daß diese Reise schon längst geplant war. — Zeuge Graf Königsmark bestätigt dies, der Oberstaatsanwalt wundert sich, daß der Zeuge dies bei seiner Vernehmung nicht auch gleich hervorgehoben habe. — Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt Graf Königsmark, daß auf ihn nachträglich von keiner Seite eingewirkt sei und daß er zu der Familie v. Kröcher keine Beziehungen habe. Der Zeuge ist jetzt sportlicher Mitarbeiter des „M. Journals“. — Es entspinnt sich darauf auf Anregung des Rechtsanwalts Dr. Schwandt eine lange Auseinandersetzung über einige Vorfälle. Dieser Artikel bezieht auf Mitteilungen, welche v. Mantuffel dem Grafen Königsmark auf dessen Eruchen bei einer Zusammenkunft bei Trabach in Anwesenheit des Dr. Leipziger gemacht hat. Zu diesem Artikel war behauptet worden, daß der Zeuge Assessor Roers „nicht auffindbar“ sei. Als Dr. Roers dies las, hat er sofort recherchiert, von wem diese Mitteilung herrühre und als er erfahren, daß v. Mantuffel der Gewährsmann sei, hat er eine Beschwerde über v. Mantuffel an den Polizeipräsidenten gerichtet. In dem Verfahren mußte natürlich auch Graf Königsmark vernommen werden. Nun behauptet Rechtsanwalts Dr. Schwandt — und Graf Königsmark bestätigt dies — daß v. Mantuffel sich an den Grafen gewendet und mit dem Bemerkten: „Wir Ehrenmänner müssen zusammenhalten“ die Anzeige, die der Graf in dem Beschwerdeverfahren abgeben sollte, auf einen Zettel geschrieben habe. Graf Königsmark legt den Zettel vor. — Zeuge v. Mantuffel erklärt, Graf Königsmark habe ihm gesagt, er habe ein schlechtes Gedächtnis und aus diesem Grunde habe er die von ihm bei der Zusammenkunft bei Trabach gehaltenen Notizen noch einmal fixiert. — Graf Königsmark: Hier spiele Herr

v. Mantuffel seine üppige Phantasie

einen Streich. Er könne sich auf Dinge, die erst acht Tage alt seien, noch sehr gut befinden. — v. Mantuffel erklärt, daß er über die Form des im „M. Journ.“ enthaltenen Artikels sehr erstaunt gewesen sei und seinem Erstaunen dem Grafen Königsmark gegenüber Ausdruck gegeben habe. — Er habe gesehen, daß der Artikel, der nur die Schwierigkeiten, die sich aufstürmen, kennzeichnen sollte, weiter gegangen sei und allerlei über die einzelnen Zeugen bemerkt habe.

Haftentlassung.

Um 4 1/2 Uhr zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück, um nach etwa einer Viertelstunde zurückzukehren. Der Vorsitzende erklärte zur Überraschung aller Anwesenden, daß der Gerichtshof aus eigener Initiative in Beratung darüber getreten sei, ob es nicht angezeigt sei, die Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß ein Mißtraue nicht mehr vorliege, aus der Haft zu entlassen.

Der Oberstaatsanwalt beantragte, vor der Beschlußfassung wenigstens das Protokoll über die frühere Anzeige des Grafen Königsmark zur Verlesung zu bringen, denn auf Grund dieser seien die Angeklagten gerade in Haft gehalten worden. Nachdem die Verteidiger für die Haftentlassung eingetreten waren und die Angeklagten die Erklärung abgegeben hatten, daß sie sich einer weiteren Verhandlung nicht entgegen würden, beschloß der Gerichtshof die Angeklagten auf freien Fuß zu setzen und die Verhandlung Freitagvormittag 9 Uhr wieder aufzunehmen.

Unser Programm für die Stadtverordnetenwahlen.

II.

Der zweite Absatz unseres kommunalen Programms behandelt die Schulfrage; er fordert:

„Weltlichkeit der Schulen. Obligatorischen Besuch der Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschulen, die kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden können. Errichtung von Schulfarmen zur Verpflegung der Schulkinder. Schulärzte zur regelmäßigen Prüfung und ärztlichen Beaufsichtigung der Schüler, der Schulen und Schullehrerinnen. — Schaffung einer Klassenfrequenz, die einen gedeihlichen Unterricht ermöglicht. Besondere Schulklassen für Minderbegabte. Verbot jeder Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder. Obligatorischen Fortbildungsunterricht für beide Geschlechter bis zum 18. Lebensjahre. Erteilung des Fortbildungsunterrichts an Wochentagen während der Arbeitszeit. — Errichtung und Ausbildung von Volksbibliotheken und Leseschulen.“

Schon der Umfang dieses Schulprogramms verbietet es, jede einzelne der aufgestellten Forderungen mit der gleichen Ausführlichkeit zu besprechen; wir müssen uns notgedrungen auf die wichtigsten beschränken, und zu diesen gehört zunächst der Punkt, welchem auch bei der Aufzählung die erste Stelle zugesallen ist: „Weltlichkeit der Schulen.“ Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Dieser Satz unseres Erfurter Parteiprogramms umschreibt jene erste Forderung unseres kommunalen Schulprogramms. Die Socialdemokratie als

politische Partei hat keine Veranlassung, irgend jemandem seinen Glauben, seine religiöse Überzeugung zu rauben; sie muß aber ebenso aufs schärfste dagegen Stellung nehmen, daß irgend jemandem eine Religion aufgegedrängt werde, deren Anschauungen er nicht teilt. Deshalb gehört in die Schule, der gleichmäßig alle Eltern ihre Kinder anvertrauen müssen, ob sie einer Religionsgesellschaft angehören oder nicht, der Religionsunterricht nicht hinein; diesen zu erteilen, muß der Kirchgemeinde überlassen bleiben, als der Gesamtheit derjenigen, welche noch auf dem Boden der Religion stehen. Dann würde uns auch jenes an die finsternen Zeiten des Mittelalters erinnernde Schauspiel erspart bleiben, daß Väter gerechtfertigt bestraft werden — wie jüngst erst wieder der Genosse Ad. Hoffmann — die mit besserer Überzeugung ihre Kinder an dem Religionsunterricht nicht teilnehmen lassen können.

Auch der bürgerliche Liberalismus hat einst, als er noch wählte, die Welt für sich erobern zu können, ähnliche Anschauungen vertreten, und er bewahrt noch heute, vielleicht als Erinnerung an jene schöne Zeit, in seinen Programmen die Forderung: Trennung der Kirche vom Staat. Aber diese Programmforderung spielt heute gewissermaßen nur die Rolle eines schönen, von den Vorfahren überkommenen Schmuckstückes; man bewahrt es sorgfältig auf, man zeigt es gelegentlich mit Stolz Freunden und Bekannten, aber man trägt es nicht mehr, denn — es ist unmodern geworden. So räumt der Liberalismus dieser Forderung weiter im Parteiprogramm eine hervorragende Stelle ein, er weiß stolz im Kreise der Parteigenossen auf sie hin, aber er trägt sie nicht mehr in die Öffentlichkeit, er wirkt nicht mehr für sie im Volke. Ihre persönliche Stellung zur Kirche hat die liberale Bourgeoisie zwar nicht geändert. Herr Paasche steht wohl auch heute noch mit seinem Bekenntnis zur „alleinseligmachenden Kirche“ ziemlich vereinzelt da. Aber trotzdem verhält man sich in jenen Kreisen nicht mehr so ganz ablehnend zu der Forderung: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!“ Wenn auch, wie es Herder ausdrückt, „die Epigen, welche in dem Evangelium gegen den Reichthum enthalten sind, energisch abgeschliffen, abgestumpft und umgebogen“ werden, wenn weniger „den Reichen gefährliche Einflüsse des Besitzes, als die Gottgefälligkeit der Armut betont“ wird, dann hat doch die Religion auch ihre guten Seiten für die herrschenden Klassen. Dann kann sie dazu dienen, die großen Massen über ihr trauriges Lebensdasein hinwegzutrafen durch den Hinweis auf die Verlorenung im Jenenseits, dann kann sie das Proletariat von der Empörung gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, von dem energischen Streben nach besseren Lebensbedingungen abhalten, indem alles dies als Sünde, als Auflehnung gegen Gottes Fügung hingestellt wird. Daß in diesem Sinne dem Volke die Religion erhalten wird, kann auch der liberalen Bourgeoisie nur willkommen sein. „Dem Volke“, das heißt in diesem Falle: dem Proletariat. Mögen die, welche das Wort so gern im Munde führen, dies auch bestritten, ihre Thaten beweisen es. Wie wäre es sonst zu erklären, daß dem Religionsunterricht auf den Gemeindefschulen, die von den Kindern des Proletariats besucht werden, ein weit größerer Raum zugewiesen ist, als auf den Gymnasien, auf welchen die Söhne der Bourgeoisie, die zukünftigen Stützen von Thron und Altar ihre Vorbildung genießen. Auf den Gemeindefschulen entfallen von insgesamt 22 bis höchstens 32 Unterrichtsstunden wöchentlich vier auf den Religionsunterricht, auf den Gymnasien von 30—35 Unterrichtsstunden nur zwei. Für den Gemeindefschüler ist also doppelt so viel Religion nötig, als für den Gymnasialisten. Dieses Uebermaß des Religionsunterrichts beeinträchtigt dann naturgemäß die Unterweisung in den übrigen Lehrgegenständen, es drängt sie ungebührlich in den Hintergrund, und so liegt unsere Programmforderung: Weltlichkeit der Schule, Vereinfachung des Religionsunterrichts aus derselben im unmittelbaren Interesse der Bildung und Aufklärung des Volkes.

Das gilt ebenso von der weiteren Forderung: Obligatorischer Besuch der Volksschulen. Wir fordern, daß auch für diejenigen, welche später die höheren Lehramtstellen — Gymnasien, Realgymnasien, höhere Bürger Schulen — besuchen sollen, die Gemeindefschule die allgemeine Durchgangsstufe darstelle, und daß deshalb die bisher bestehenden öffentlichen und privaten Vorschulen oder Elementarschulen aufgehoben werden. Nur so kann die Gemeindefschule das wirklich werden, was sie nur dem Namen nach ist: die Volksschule; nur so hört sie auf, das zu sein, was sie heute in den Augen vieler Volkstheile noch immer ist: die Armenische. Das würde für die Entwicklung der Schule von einschneidender Bedeutung sein. Wenn nicht mehr bloß die Kinder des Proletariats und der minder bemittelten Volksklassen, sondern wenn auch die Sproßlinge des behabigen Bürgertums der Reichen und Reichsten die Gemeindefschulen besuchen müßten, dann würde auch das Streben nach Verbesserung der Schulleistungen bei den Mitgliedern des Magistrats und bei den Vertretern der ersten und zweiten Bürgerklasse im Stadtverordneten-Kollegium eine günstigere Aufnahme finden, als heutzutage. Das Ansehen der „liegenden Klassen“, die Unterbringung von Schulen in ungeeigneten Mieträumen, die Ueberfüllung der einzelnen Klassen, alle diese Uebelstände würden jedenfalls schmerzhaft beseitigt werden, wenn Magistratsmitglieder und bürgerliche Stadtverordnete an ihrem eigenen Fleiß und Eifer die schädlichen Folgen derselben erkennen müßten.

Von den schädlichen Folgen des heutigen Systems sei hier nur eine erwähnt. Die nicht allzu spärlichen Fälle von Prägelipäbagogen, die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt haben, sind, soweit wir uns erinnern, durchweg in Gemeindefschulen vorgekommen, nicht einer in den höheren Lehranstalten. Das läßt an sich schon darauf schließen, daß die Herleitung einer wirklichen „Volksschule“ das Vorkommen solcher Ausschreitungen so gut wie sicher verhüten würde. Die Prägelpädagogen würden dann lernen müssen, sich zu beherrschen; denn würden sie etwa aus Versehen gegenüber dem Sohne eines hohen Regierungsbeamten, eines Stadtrats oder dergl. so verfahren, wie es mehrfach gerichtlich festgestellt wurde, so dürfte ihnen dies kaum für ihr weiteres Fortkommen förderlich sein. Auch die dann sicher sofort eintretende Herabsetzung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen würde in der gleichen Richtung wirken; sie würde die heute vielfach bestehende Ueberanstrengung und Ueberreizung der Lehrer und damit die Quantität solcher Ausschreitungen beengen.

Selbstverständlich fällt es uns durchaus nicht ein, die gesamte Lehrerschaft für Handlungen einzelner verantwortlich zu machen. Im Gegenteil: wir wissen, daß die übergroße Mehrheit der Lehrer jene Ausschreitungen ebenso scharf verurteilt, wie wir, und daß sie weiter auch mit uns in den bisher besprochenen Programmforderungen durchaus übereinstimmt. Dem Weltlichkeit der Schule, obligatorischer Besuch der Volksschule, Beschränkung der Klassenfrequenz usw., das sind Forderungen, welche seit langem auch der Lehrerstand im Interesse der Schule vertritt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 5. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Der Ausschuss für die Vorbereitung des Antrags Singer betr. die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ist gewählt und hat sich konstituiert; den Vorsitz führen Dr. Vangerhaus und Wichelet. Dem Ausschuss gehören u. a. auch die Stadtverordneten Singer und Dupont an.

Zunächst werden Ersatzwahlen vorgenommen in die Gesundheitspflege- und in die Parodeputation. In die letztere wird Stadtd. Wagon mit 43 von 68 Stimmen gewählt. Die Wahl in die Gesundheitspflege-Deputation ergibt kein definitives Resultat; in engerer Wahl steigt mit 56 Stimmen Geh. Sanitätsrat Dr. Stuge gegen Sanitätsrat Dr. Reumann (36).

Die Erörterung der Angelegenheit betreffend die Ordinarlaten...
Die Erörterung der Angelegenheit betreffend die Ordinarlaten...
Die Erörterung der Angelegenheit betreffend die Ordinarlaten...

Der bekannte Antrag Rosenow betreffend die städtische...
Der bekannte Antrag Rosenow betreffend die städtische...
Der bekannte Antrag Rosenow betreffend die städtische...

Die Verammlung erucht den Magistrat...
Die Verammlung erucht den Magistrat...
Die Verammlung erucht den Magistrat...

Dieser Ausschuhnantrag wird, nachdem sich auch Stadtverordnete...
Dieser Ausschuhnantrag wird, nachdem sich auch Stadtverordnete...
Dieser Ausschuhnantrag wird, nachdem sich auch Stadtverordnete...

Die Vorlage wegen Erhöhung des Untersuchungs...
Die Vorlage wegen Erhöhung des Untersuchungs...
Die Vorlage wegen Erhöhung des Untersuchungs...

Für die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung der Stadt...
Für die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung der Stadt...
Für die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung der Stadt...

Von den Stadt. Singer und Genossen liegt der Antrag vor...
Von den Stadt. Singer und Genossen liegt der Antrag vor...
Von den Stadt. Singer und Genossen liegt der Antrag vor...

Stadt. Rosenow: Wir können die Vorlage nicht vorüber...
Stadt. Rosenow: Wir können die Vorlage nicht vorüber...
Stadt. Rosenow: Wir können die Vorlage nicht vorüber...

Stadt. Vogtherr: Ich bedaure keineswegs, daß es nur noch...
Stadt. Vogtherr: Ich bedaure keineswegs, daß es nur noch...
Stadt. Vogtherr: Ich bedaure keineswegs, daß es nur noch...

Stadt. Rosenow erklärt noch, daß seine Freunde im Prinzip...
Stadt. Rosenow erklärt noch, daß seine Freunde im Prinzip...
Stadt. Rosenow erklärt noch, daß seine Freunde im Prinzip...

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der social...
Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der social...
Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der social...

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat gestern den Antrag unserer Genossen, die Versammlung...
hat gestern den Antrag unserer Genossen, die Versammlung...
hat gestern den Antrag unserer Genossen, die Versammlung...

(5. November) zu legen, mit sehr großer Mehrheit ab...
(5. November) zu legen, mit sehr großer Mehrheit ab...
(5. November) zu legen, mit sehr großer Mehrheit ab...

Die Harmlosen

sind aus der Untersuchungshaft entlassen worden...
sind aus der Untersuchungshaft entlassen worden...
sind aus der Untersuchungshaft entlassen worden...

Alles stürzte nun auf die Anklagebank, um die jungen Herrn...
Alles stürzte nun auf die Anklagebank, um die jungen Herrn...
Alles stürzte nun auf die Anklagebank, um die jungen Herrn...

Der Prozeß geht, wie gesagt, weiter. Die Verhandlungen...
Der Prozeß geht, wie gesagt, weiter. Die Verhandlungen...
Der Prozeß geht, wie gesagt, weiter. Die Verhandlungen...

Den Angeklagten stellte Herr v. Kardorff das beste Vernehmungs...
Den Angeklagten stellte Herr v. Kardorff das beste Vernehmungs...
Den Angeklagten stellte Herr v. Kardorff das beste Vernehmungs...

Auch eine blutjunge Durchlaucht, der Prinz von Thurn und...
Auch eine blutjunge Durchlaucht, der Prinz von Thurn und...
Auch eine blutjunge Durchlaucht, der Prinz von Thurn und...

Nach der Mittagspause erschien dann im Zivilzuge der...
Nach der Mittagspause erschien dann im Zivilzuge der...
Nach der Mittagspause erschien dann im Zivilzuge der...

Am Spätnachmittag spielten sich im Schwurgerichtssaal sehr...
Am Spätnachmittag spielten sich im Schwurgerichtssaal sehr...
Am Spätnachmittag spielten sich im Schwurgerichtssaal sehr...

Schließlich wurde noch ein Graf Königsmark vernommen, der...
Schließlich wurde noch ein Graf Königsmark vernommen, der...
Schließlich wurde noch ein Graf Königsmark vernommen, der...

Da in der ganzen viertägigen Verhandlung noch nicht ein...
Da in der ganzen viertägigen Verhandlung noch nicht ein...
Da in der ganzen viertägigen Verhandlung noch nicht ein...

Der phantastische Herr v. Mantuffel, wie er mehrfach ge...
Der phantastische Herr v. Mantuffel, wie er mehrfach ge...
Der phantastische Herr v. Mantuffel, wie er mehrfach ge...

Herr im Hause. Wie wir schon früher mitgeteilt haben, hat...
Herr im Hause. Wie wir schon früher mitgeteilt haben, hat...
Herr im Hause. Wie wir schon früher mitgeteilt haben, hat...

und vorliegenden Formular, das unter anderem folgende Rubriken...
und vorliegenden Formular, das unter anderem folgende Rubriken...
und vorliegenden Formular, das unter anderem folgende Rubriken...

Einnahmen beziehungsweise Ausgaben für Bier, einheimisches...
Einnahmen beziehungsweise Ausgaben für Bier, einheimisches...
Einnahmen beziehungsweise Ausgaben für Bier, einheimisches...

Diejenigen Bahnhofs-Restaurateure, welche sich der vorgeschriebenen...
Diejenigen Bahnhofs-Restaurateure, welche sich der vorgeschriebenen...
Diejenigen Bahnhofs-Restaurateure, welche sich der vorgeschriebenen...

Der Fiskus sieht dem Restaurateur hier in dem rein privaten...
Der Fiskus sieht dem Restaurateur hier in dem rein privaten...
Der Fiskus sieht dem Restaurateur hier in dem rein privaten...

Und gar wenn Arbeiter in nur zu berechtigter Wahrung ihrer...
Und gar wenn Arbeiter in nur zu berechtigter Wahrung ihrer...
Und gar wenn Arbeiter in nur zu berechtigter Wahrung ihrer...

Zu dem Beschluß der Verkehrsdeputation auf Nebennahme...
Zu dem Beschluß der Verkehrsdeputation auf Nebennahme...
Zu dem Beschluß der Verkehrsdeputation auf Nebennahme...

Die Erzeugnisse auf photographischem Gebiete sind...
Die Erzeugnisse auf photographischem Gebiete sind...
Die Erzeugnisse auf photographischem Gebiete sind...

Anders liegt die Sache aber bei Vorführungen ähnlicher Art...
Anders liegt die Sache aber bei Vorführungen ähnlicher Art...
Anders liegt die Sache aber bei Vorführungen ähnlicher Art...

Wir meinen gewisse „automatische Ausstellungen“, die...
Wir meinen gewisse „automatische Ausstellungen“, die...
Wir meinen gewisse „automatische Ausstellungen“, die...

Hier wird nach der Methode des ordinären Anzeigertums auf...
Hier wird nach der Methode des ordinären Anzeigertums auf...
Hier wird nach der Methode des ordinären Anzeigertums auf...

Das städtische „Allgemeine Krankenhaus im Friedrichs...
Das städtische „Allgemeine Krankenhaus im Friedrichs...
Das städtische „Allgemeine Krankenhaus im Friedrichs..."

Am 8. Oktober einen Gedanktag: Am 8. Oktober 1874...
Am 8. Oktober einen Gedanktag: Am 8. Oktober 1874...
Am 8. Oktober einen Gedanktag: Am 8. Oktober 1874...

Telephon Berlin-Paris. Aus der französischen Hauptstadt...
Telephon Berlin-Paris. Aus der französischen Hauptstadt...
Telephon Berlin-Paris. Aus der französischen Hauptstadt...

Rechenmaschinen im statistischen Amte. Das geistreiche...
Rechenmaschinen im statistischen Amte. Das geistreiche...
Rechenmaschinen im statistischen Amte. Das geistreiche...

finder und Techniker. Nachdem vor Jahren schon der greise Schriftsteller von Wittber die Unentbehrlichkeit der Rechenmaschinen im praktischen Leben nachgewiesen hat, ist man jetzt bemüht, das Arbeitsgebiet dieser Hilfsmittel des Geistesarbeiters zu erweitern. Nach dieser Richtung hin sind besonders die Versuche interessant, welche zur Zeit im Kaiserlichen Statistischen Amt gemacht worden, wozu es mehr als anderwärts gilt, schnell und sicher mit ungenügenden Zahlenreihen fertig zu werden. Zunächst wurde dort ein sehr komplizierter Apparat, eine elektrisch betriebene Sortier- und Zählmaschine, erprobt, indes bewährte sich diese nicht; sodann schaffte man eine amerikanische Additionsmaschine an, welche ziemlich gut funktioniert und wenn sie sich weiter so bewährt, wohl zur Einführung gelangen dürfte. Freilich kann die tote Maschine nicht, wie der Mensch, alles machen, sie muß von Menschenhand bedient werden und markiert ihre Resultate auf sogenannten Zählstreifen, deren Zusammenfassung und Verarbeitung wieder viele Menschenkräfte erforderlich macht. Man hofft indes, durch Aufnahme solcher unglaublich schnell rechnenden Maschinen es alsbald dahin zu bringen, daß das periodisch zur Veröffentlichung gelangende Zahlenmaterial des Statistischen Amtes erheblich früher als jetzt wird herausgegeben werden können.

Der Oktober-Umzug hat nach dem Urtheile aller Beteiligten, der Spedition, Fuhrleute, Arbeiter und Umziehenden einen Umfang angenommen, wie selten zuvor. Durchsichtlich in jedem Hause wird gezogen; drei und vier Umzüge sind selbst in kleineren Mietshäusern keine Seltenheit. Nachdem der Umzug der Mieter der kleineren Wohnungen in den ersten Tagen des Monats unter großen Schwierigkeiten durchgeführt worden ist, sind jetzt noch viele Kräfte mit dem Umzug der großen Mieter beschäftigt.

Die Verkehr-Unfallstationen sind im Monat September d. J. in 8254 Fällen gegen 2067 im gleichen Monate des Vorjahres für erste Hilfe in Anspruch genommen worden, und zwar 2777 mal bei Unfällen und 477 mal bei plötzlichen Erkrankungen.

Ein heftiger Zusammenstoß fand Mittwochnachmittag um 3 1/2 Uhr auf dem Markte zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen der Linie Gesundbrunnen—Kreuzberg und dem Omnibus der Linie Landsberger Thor—Halle'sches Thor statt. Der Omnibus wollte vom Köllnischen Fischmarkt her über das Straßenbahngleise hinweg von der westlichen nach der östlichen Straßenseite fahren. Dabei fuhr er von dem nach Hause kommenden Straßenbahnwagen hinten an der linken Seite, zertrümmerte ihm die Achse und warf ihn nach rechts auf die Seite. Zwei Fahrgäste, die auf der Plattform des Omnibus standen, fielen auf das Pflaster, kamen aber mit leichten Hautabschürfungen davon. Die Leute im Innern des Wagens wurden stark durcheinander gewürfelt, blieben aber unversehrt. Auf dem elektrischen Wagen wurde niemand verletzt. Der Verkehr stockte fünf Minuten. Der Omnibus mußte außer Betrieb gesetzt werden.

Ein trauriges Ende hat der 54 Jahre alte frühere Töpfer Karl P. genommen, der noch vor zwei Jahren in guten Verhältnissen lebte. Der Mann hatte in der Reichsbergerstraße ein blühendes Milchgeschäft. Dem Tumor ergeben, mißhandelte er oft Frau und Kinder so schwer, daß diese sich vor drei Jahren von ihm trennten. Vor 1 1/2 Jahren wurde die Ehe geschieden und P. für den schuldigen Teil erklärt. Am verlor er sein Geschäft für 8000 M., brachte das Geld in einem Jahre durch und lebte seitdem von Gelegenheitsarbeiten. Am Donnerstag brannte er seiner Wittin am Rottbuer Damm Nr. 8 mit der Wette und den Sachen durch. Gestern nachmittags landete man ihn am Kupfergraben als Leiche aus dem Kanal.

Ransen in der Kranaia. Wohl den bedeutendsten Tag seit ihrem Wesehen durfte die Kranaia gestern erleben. Fritz Ransen, der Held der wissenschaftlichen Polarforschung, hielt dort über seine Erlebnisse einen Vortrag. Es war ein erhebender Genuß, den Gelehrten in kurzen Anzügen die bisherige Geschichte der Nordpolfahrten vortragen zu hören und dann zu vernahmen, wie er mit der Bescheidenheit, die wahrhaft große Männer kennzeichnet, die Bedeutung seiner eigenen Entdeckungen andeutete. Ransen ging auf seine Grönland-Durchquerung ein, schilderte dann die letzte große Entdeckungsfahrt in plastischen Anzügen und stößt mit rührender Liebe in die Darstellung seiner Forschungen die Genrebilder ein, die die Erinnerung an seine treuen Hunde und an sein fernestes Fahrzeug, den „Fram“, in ihm weckte. Wahrhaft pädagogisch war dann die Schilderung der Polarlichter mit ihren Schreien und ihren erhabenen Schönheiten: ein Bild, in dem sich die Sehnsucht nach einer Welt, in deren Nacht die Krone der Wissenschaft alle Leidenschaften der Menschheit überstrahlt, mit poetischem Zauber widerspiegelt. Die Begeisterung der Zuhörer fand kein Ende, als Ransen am Schluß seines Vortrages die Anwesenden ermahnte, über die Teilnahme, die seinen Thaten spendet sei, nicht die stillen Mähen jener Gelehrten zu vergessen, die fernab von der Popularität des Tages Großen vollbringen, ohne daß ihr Name der Welt bekannt wird. Wie klein stehen doch neben dem Helden, der im Dienste der Wissenschaft übermenschliches leistet, jene Jünger da, die vom blöden Akerpatriotismus als Heroen gepriesen werden!

Zu dem Vortrage, welchen Professor Frithjof Ransen gestern Abend in der „Krania“ hielt, haben nur sehr wenige Karten ausgegeben werden können, weil fast alle Plätze von den Abonnenten der Vortragsreihe belegt waren. Ransen hat sich deshalb entschlossen, morgen (Freitag) noch einen Vortrag an derselben Stelle zu halten, und zwar wird er diesmal, um sich nicht zu wiederholen, über seine eigenen Erlebnisse sprechen, nämlich über das Thema: „Die norwegische Nordpol-Expedition auf der Fram“.

Feuerbericht. Nach Neue Friedrichstraße 21a wurde die Wehr Donnerstagnachmittag 5 Uhr gerufen, weil hier in der Strumpfwarenfabrik von A. Ulrich ein Feuer ausgebrochen war, das bei den dort lagernden Strumpf- und Wollewaren leicht gefährlich werden konnte. Es gelang jedoch der Wehr, die Flammen noch im Entstehen zu ersticken, so daß der verursachte Schaden nicht bedeutend ist. Vormittags 10 Uhr brannte in der Wicelstraße auf einem freien Platze eine Partie Stroh. Kurz vorher war Prinzessin 47 in einer Tischlerei ein Schadenfeuer abzulösen, das Hobelbänke und anderes Werkzeug zerstörte. Im Laufe des Tages erfolgten noch einige Alarmerungen, die jedoch auf ganz geringfügige Veranlassungen zurückzuführen waren.

Ein großes Feuer kam Mittwochnachmittag nach 9 Uhr in den Deutschen Stahlwerken (W. m. S. S.) in der verlängerten Koloniestraße am Treffpunkt der Grenzen von Berlin, Reinickendorf und Panitzsch, auf noch nicht aufgeläuterter Weise zum Ausbruch. Es brannte in den Fabrikräumen und besonders wurden das Dach des Maschinenhauses und die Einrichtung von den Flammen heimgesucht. Die Berliner Wehr entsandte zwei Löschzüge, die bei ihrer Ankunft schon einen ausgedehnten Brandherd vorfanden. Später erschienen noch die Ortfeuerwehren aus Reinickendorf (Ost), Panitzsch und Nieder-Schönhausen. Es gelang den vereinten Anstrengungen, die Flammen nach 10 Uhr zu löschen.

Aus den Nachbarorten.

Im sozialdemokratischen Verein von Johannisthal-Nieder-schönweide (bei Senftenberg) ist Sonntagabend 8 1/2 Uhr Vorstandswahl und Berichtung stattgefunden.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung von Rixdorf erstattete die Kommission, der vor vier Wochen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Vorbereitung der Wahl von Mitgliedern zur Militär-Ersatzkommission und zu den Steuerveranlagungs-Kommissionen übertragen worden ist, ihren Bericht. Neben anderen schlägt sie für die Gebäudesteuer-Veranlagungs-Kommission den Stadtv. Dachdeckermeister Keller (Soe.) und für die Gemeindesteuer-Veranlagungs-Kommission den Stadtv. Conrad (Soe.) vor. Unter den von ihr vorgeschlagenen Stellvertretern befindet sich auch der Stadtverordnete Köpke (Soe.) Die Militär-Ersatzkommission wird

ohne Widerspruch gewählt. Sodann erklärt Stadtverordneter Meyer (Soe.), daß die sozialdemokratische Fraktion daran festhalten müsse, wie bisher auch in Zukunft selber zu bestimmen, welches ihrer Mitglieder in diese oder jene Kommission hinein soll. Mit dem Vorschlage Kellers für die Gebäudesteuer-Veranlagungs-Kommission wolle man aber einverstanden sein, schon weil die Vorlagungskommission die Hand zum Frieden biete und weil auch Sozialdemokraten über Gänder sich freuen, die Ruhe thun. (Heiterkeit.) Für die Vorschläge der Vorlagungskommission stimmen darauf auch die Sozialdemokraten. Die Vorschläge für die Einkommensteuer-Veranlagungskommission werden nach kurzer Debatte ebenfalls einstimmig angenommen. Zur Verhandlung kam sodann der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung der obligatorischen und unentgeltlichen Desinfektion. Der Referent, Dr. Silberstein (Soe.) erklärte, eine derartige Einrichtung speziell für Rixdorf mit seiner Bevölkerungsichtigkeit für durchaus notwendig. Die Bezüge seien allerdings verpflichtet worden, bei anstehenden Anträgen sofort der Behörde Anzeige zu erstatten, und ein Desinfektionswesen sei auch vorhanden. Jene Pflicht werde aber jetzt nur noch durchaus mangelhaft erfüllt und betriebs des Desinfektionswesens habe ihm, Redner, der Bürgermeister Wodzin erklärt, es könne jeder seine Sachen zum Zwecke der Desinfektion dorthin bringen. Daß eine solche Möglichkeit nicht im geringsten den Anforderungen einer sozialen Hygiene entspreche, liege auf der Hand. Nicht nur obligatorisch, sondern auch unentgeltlich müsse eine Desinfektion sein, wenn sie alle Ansteckungsherde beseitigen soll. Redner verbreitet sich ausführlich über den Segen der modernen Desinfektion. — Stadtv. Abraham und Bürgermeister Voigt erklärten sich für Uebertragung zur Tagesordnung, indem sie sich auf das neue Gesetz über die Dienststellung des Kreisarztes und über die Bildung von Gesundheitskommissionen beriefen. Man möge die Einführung der Gesundheitskommissionen abwarten. Herr Voigt machte auch sonst noch mehrere Einwendungen. Meyer (Soe.) sah keinen Grund, mit Reformen lange zu warten. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Versammlung erledigte schließlich noch eine Reihe Straßen-, Schul- und Verwaltungssachen.

Groß-Lichtersfeld. Die Tagesordnung der jüngsten Gemeindevertreter-Versammlung war überaus reichhaltig. Gemeindevorsteher Schulz verlas den Genehmigungsbescheid der Ministerialkommission, betr. Ankauf des Gutes Werben zu Rieselzwecken. Es wird beschlossen, die Bewirtschaftung des Gutes in eigene Regie der Gemeinde zu nehmen. Von Seiten der Firma Siemens u. Halske liegt ein Gesuch vor, ihr die Benutzung der Lichtersfelder für die elektrische Versuchsbahn auf ein weiteres Jahr zu gestatten. Dieses Gesuch bot die passende Gelegenheit endlich einmal mit der Gesellschaft über eine zeitgemäße Umgestaltung des elektrischen Bahnverkehrs und einer Herabsetzung der Fahrpreise einen vernünftigen aber energischen Ton zu reden. Die Firma Siemens u. Halske hat in unserem Orte das Verkehrsmonopol; sie nützt diese ihre Stellung gründlich aus. Die Erhebung des doppelten Fahrpreises für die Benutzung des letzten Nachtzuges ist eine fatalistische Bilanzleistung, die sicherlich den Reich unserer Finanzminister Miquel erregen könnte. Es ist tief zu bedauern, daß die Gemeindevertretung das Gesuch der Firma genehmigte, ohne auch nur den Versuch zu machen, auf Abstellung der ärgsten Mißstände zu dringen. Herr Gemeindevorsteher Schulz meinte, es sei nicht opportun (!), diese Frage jetzt aufzurollen; es solle nicht den Anschein erwecken, als wolle man die Zwangslage der Gesellschaft ausnützen. Das ist ja sehr rücksichtsvoll und auch für die Firma sehr angenehm, aber praktisch und für die Einwohnerschaft vorteilhaft ist die Geltendmachung und der schließliche Sieg solcher „Gesühlsgründe“ nicht.

Ein weiterer Punkt, bei dem die Rückständigkeit unserer örtlichen Verhältnisse froh in die Erscheinung trat, war die Frage der Aenderung des sogenannten Brennkalendarers. Schlichtlich ist doch die ausreichende Beleuchtung einer Gemeinde notwendig und die dafür nötigen Mittel müssen eben aufgebracht werden. Unsere Wege- und Etat-Kommission hatte in der Beleuchtungsfrage wirklich eine erleuchtete Idee. Es soll nämlich mit dem Anzünden der Laternen eine Viertelstunde früher begonnen, sie sollen aber auch eine Viertelstunde früher ausgeföhrt werden. Mit dem Auslösen solle zuerst an den Bahnhöfen begonnen werden. Ein Vorortbahnhof einer Gemeinde von 25000 Einwohnern beim Einlaufen der letzten Abendzüge in vollständiger Finsternis — das gäbe eine prächtige Sitze für den Zeichner Heine vom Simplicissimus!

Die Idee der „Beleuchtungs-Kommission“ wäre übrigens noch außerordentlich entwicklungsfähig. Wie wäre es z. B., wenn man überhaupt die Beleuchtung gänzlich abschaffte und jedem im Orte ansässigen Steuerzahler von Gemeindegeldern monatlich eine Schachtel Waagstreichhölzer lieferte?

Mit den durch diese Einrichtung erzielten Ersparnissen würde man schließlich der in unserer Gemeinde sich immer mehr fühlbar machenden Kirchennot einigermaßen begegnen können.

Das Ergebnis der Diskussion über die Beleuchtungsangelegenheit war die Vertagung auf 5 Wochen. Lichtersfeld wird also vorläufig nach dem alten Brennkalendarer weiter verduffelt. —

Der Selbstmordversuch eines Fünfzehnjährigen ereigt in der Nachbarstadt Rauen einiges Aufsehen. Der Schreiber Max Schmidt, der in der Maschinenfabrik von Lindener beschäftigt war, machte dort Dummheiten und wurde deshalb am vergangenen Sonntag von seinem Vater zur Rede gestellt. Der Junge wollte sich die Richtigung nicht gefallen lassen, ging am Montag früh nicht wieder ins Geschäft, sondern kaufte sich einen Revolver, um sich zu erschießen. Mit der Waffe und Patronen ausgerüstet, ging der jugendliche Lebensmüde zur Stadt hinaus, suchte und fand einen abgelegenen Platz und schloß sich hier eine Kugel mitten in die Stirn. Schwer aber nicht tödlich verwundet, blieb Schmidt hilflos und unbewert liegen. Unterdessen fragte der Geschäftsinhaber bei seinen Eltern an, weshalb der Junge nicht zum Dienst gekommen sei. Jetzt wurden sofort Nachforschungen angestellt, aber erst am Montagabend fand man endlich den Verwundeten auf. Zunächst in der elterlichen Wohnung ärztlich behandelt, wurde Schmidt, da sein Zustand sich verschlechterte, gestern mit der Waise nach dem Lehrter Bahnhof und von dort mit einem Koppischen Rettungswagen in die königliche Klinik gebracht.

Geriichts-Zettung.

In dem Nordprozeß gegen die Regerschan Sauter in München haben die Geschworenen auf Freisprechung erkannt. Allgemeines Aufsehen erregte es in der Verhandlung, als die Wahrsagerin Frau Ganzbauer zugeben mußte, daß sie gewissermaßen im Auftrage der Polizei die Sauter aufgefordert habe, ihr die Liste der Todeslandskandidaten vorzulegen. Unter Münchener Partei-Organen faßt seine Meinung über diesen Teil der Tragödie in folgenden Worten zusammen: „Diese „Proskriptionsliste“ ist nicht das Werk der Frau Sauter, sondern der Frau Ganzbauer. Dieser Fettel war bestellte Arbeit. Die Frau Ganzbauer war von den beiden Polizeibeamten bestimmt worden, der Frau Sauter womöglich einen schriftlichen „Schuldbeweis“ zu entlocken. Oder wie der Herr Verteidiger sich ausdrückte: „Frau Ganzbauer hat in obrigkeitlichem Auftrage die Frau Sauter zur Begehung eines Verbrechens aufgefordert.“

Ungeheuliche Einteilung von Kommunal-Wahlbezirken. In Stettin wurden vor den letzten regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung für die Wähler der dritten Abteilung sieben Wahlbezirke gebildet, die wieder in je drei Abstimmungs-Bezirke geteilt wurden. Wegen dieser Einteilung wurde gegen die Gültigkeit der Wahlen Einspruch erhoben und, als dieser keinen Erfolg hatte, das Verwaltungs-Streitverfahren beschritten. Der Verwaltungsgericht trat ihm darin bei, indem es ausführte: Zwar möge die Zerlegung der Wahlbezirke in Abstimmungsbezirke zweck-

mäßig sein, weil sie die Abwicklung des Wahlgeschäftes beschleunigt, indessen ist sie gesetzlich nicht zulässig. Sie widerspreche den Vorschriften der Städteordnung, die im § 14 nur die Bildung von Wahlbezirken nach dort festgelegten Grundzügen vorsehe und die auch in anderen Paragraphen immer nur auf derartige Wahlbezirke zurückgreife.

Wußt der Polizeikommissar Brenken einem Kulturstaat weichen? Der Ostpreussische Schreiber hatte aus Anlaß der beendeten Erste seinen Leuten vier Spenden, das in einem Lokal in Heringen ausgetrunken wurde. Man wußt frohlich und guter Dinge und achtete nicht darauf, daß inzwischen die Polizeikommission eingetreten war. Der Gendarm Vars aus Hagen gebot Feierabend, worauf die Gäste nach und nach das Lokal verließen. Sie blieben jedoch auf dem freien Platz vor dem Lokal stehen. Der Hofmeister Jänike und der Arbeiter Klump ließen sich auf der Veranda des Wirtshauses nieder und folgten auch nicht der wiederholten Aufforderung des Gendarmen, sich zu entfernen. Dieser wollte schließlich ihre Personalien feststellen. Als die Leute vor dem Gasthof lachten, trat er unter sie und forderte sie zum Fortgehen auf. Dann hob er mit seinem Säbel an sich, angeblich, weil er einen Stoß in das Genick erhalten hatte. Die Leute wehrten sich davor, daß Vars in das Lokal stürzen konnte. Natürlich regnete es zu guterletzt Anklagen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung, öffentlicher Beleidigung und Landfriedensbruchs. Das Schwurgericht verurteilte das Vorliegen eines Landfriedensbruchs. Die Angeklagten wurden wegen Beleidigung, Widerstandes und Körperverletzung teils zu Geldstrafen, teils zu Gefängnis verurteilt. Ein Arbeiter erhielt neun Monate Gefängnis.

Sein Anteil der Säbelhiebe, die das thätliche Vorgehen der Festgenossen gegen den Gendarm erst veranlaßt haben, war eine Arbeiterfrau Sache, erheblich verletzt worden. Sie klagte später gegen Vars im Zivilverfahren und verlangte an Kosten, Schadenersatz und Schmerzensgeld von ihm 88 M. Bevor es zur Beweiserhebung kam, erhob die Regierung zu Vererbung zu Gunsten des Gendarmen den Konflikt und führte zur Begründung aus: Es dürfte nicht gegen Vars vorgegangen werden, weil er seine Amtsbefugnisse nicht überschritten habe. Er habe zur Waffe greifen können, nachdem er in das Genick gestoßen worden sei. Hierfür könne er zwar wegen der Dunkelheit, in der sich der Vorgang zutrug, keinen Zeugen nennen. Indessen verdrängen die Angaben dieses Beamten wegen seiner guten Dienstführung vollen Glauben. Aber auch die Art, wie Vars die Waffe gebraucht habe, sei nicht zu bemängeln. Er habe sich einer Menge gegenüber gesehen, die nicht ganz nüchtern war. Die Frau Sache verschulde es übrigens selbst, wenn sie eins abbekommen habe, denn sie hätte früher nach Hause gehen können. Der erste Senat des Oberverwaltungsgerichtes erklärte denn auch den Konflikt für begründet, so daß das Zivilverfahren gegen den Gendarm sofort einzustellen ist.

Vermischtes.

Schiffungslid. Aus Hamburg wird vom Donnerstag berichtet: Der nachts von hier abgegangene Dampfer „Helfried Wigmar“ stieß bei Papenburg mit dem im Schlepptau einlaufenden italienischen Dampfer „Leon Bonaccho“ zusammen. Letztere ist gesunken, die Mannschaft gerettet. Der „Helfried Wigmar“ ist beschädigt nach Hamburg zurückgekehrt.

Ein Nachspiel zur Chicagoer Weltausstellung. Aus Chicago wird berichtet: Das Urteil gegen die Ausstellungsgesellschaft Chicago, den französischen Ausstellern eine Summe von 167000 Dollars als Schadenersatz für den während der Ausstellung infolge einer Feuersbrunst entstandenen Schaden zu zahlen, wurde vom Appellhof laffiert. Ein neues Verfahren wird eingeleitet.

In Kairo hat ein Wollenbruch in der Nacht zum Mittwoch einen Stadtteil überdeckt, einen Teil der Eisenbahnlinie zerstört und auch anderen unerheblichen Schaden angerichtet.

Marktpreise von Berlin am 4. Oktober 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Ware	D. Gr.	15,45	14,70	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,11	
*) Roggen		15,40	14,20	Rohfleisch	1,60	1,11	
*) Futter-Weizen		13,90	12,70	*) Hammelfleisch	1,60	1,11	
*) Hafer gut		15,20	14,50	Butter	2,80	2,00	
*) mittel		14,40	13,70	*) Eier 60 Stck	4,50	2,80	
*) gering		13,60	13,00	*) Käse 1 kg	2,30	1,80	
*) Milchstroh		4,82	4,00	*) Wale	2,80	1,80	
*) Heu		7,10	4,40	*) Jander	2,60	1,80	
*) Erbsen		40,00	35,00	*) Beste	2,00	1,11	
*) Weizenbohnen		60,00	35,00	*) Barste	1,80	0,80	
*) Winsen		70,00	30,00	*) Achte	2,80	1,80	
*) Kartoffeln, neue		7,00	5,00	*) Weite	1,40	0,80	
*) Rindfleisch, Rente 1 kg		1,60	1,30	*) Krebs	per Schod	12,00	2,00
*) do. Wanz		1,20	1,00				

*) Ermittelt pro Tonne von der Zentralkasse der Brenn. Landwirtsch. Schaftkammern — Kottlungskasse — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner.

*) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 5. Oktober 1899. Am Frühstück waren Weizen und Roggen je 0,50 M. billiger zu haben. Mittags traten Deckungen in Wirkung, wodurch beide Artikel, namentlich in spätem Echten, demnach ihre gestrigen Schlusspreise wieder erreichten. Hafer lag außerst still, Rindfleisch gab bei ruhigem Handel 0,10 M. nach. — Am Spiritusmarkt verfolgte die Weidewegung eine weitere absteigende Richtung. loco Wert stellte sich auf 43,50 M. (— 0,20). Am Markt waren 21000 Liter Terminware bei schwacher Grundtenne fast geschäftslos. Kartoffelmarkt. Feudie Kartoffelmarkt per 100 kg brutto incl. Ess 11,20 M. Brita reine Kartoffelbäute per 100 kg brutto incl. Ess und Mehl 21—21,25 M. Oktober-Dezember. Supra tradene Kartoffelbäute — M. Kartoffelbäute per 100 kg brutto —, Prima Kartoffelbäute 20—20,50 M., prompt — M. per 100 kg. Eierbericht vom 5. Oktober. Normale Eier je nach Qualität von 3,10—3,60 M. per Schod. Ansortierte kleine Ware je nach Qualität von 2,70—2,80 M. per Schod. Kalkete je nach Qualität von — bis — M. per Schod. Tendenz: lebhafter.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr statt. W. A. 15. Wir haben eine andere Adresse des betreffenden Herrn nicht; es werden in der Sache aber jedenfalls noch weitere Veröffentlichungen folgen.

Briefkasten der Expedition.

W. A. u. M. Die Bestellung auf den „Vormärk“ muß spätestens 8 Tage vor dem Quartalschluß erfolgen; für Nachlieferung bezieht die Post 10 Pf. Porto.

Witterungsüberblick vom 5. Oktober 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hoh mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (°C)	Stationen	Barometer (hoh mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (°C)
Stettin	762	WSW	2	Regen	12	Opavanda	745	W	3	Regen	4
Hamburg	763	WSW	1	Rebel	11	Wiesenburg	757	WSW	3	Wollig	11
Berlin	763	WSW	1	Rebel	7	Wort	768	WSW	3	Rebel	7
Wiesbaden	764	WSW	1	Rebel	6	Arberden	767	WSW	2	Rebel	6
München	766	W	1	Rebel	4	Wart	768	WSW	1	Dunst	9
Wien	765	WSW	0	Rebel	10						

Wetter-Prognose für Freitag, den 6. Oktober 1899. Ein wenig kühler, teils heiter, teils neblig bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20-21.
Sitzung der Orts-Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Bezirksversammlung für Friedrichsberg
 am Sonntag, den 8. Oktober 1899, vorm. 11 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Panten, Frankfurter Allee 174.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie stellen sich die Korbmacher zu einer Lohnbewegung. Referent: Kollege G. Voigt. 2. Diskussion. 3. Bericht über die Verhandlungen.
 Sämtliche Holzarbeiter sind verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Versammlung der **Einsetzer** findet nicht statt. Die Kollegen werden ersucht, sich an der am Sonntag stattfindenden Versammlung der Orts-Krankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter Berlin zu beteiligen.
 NB. Zur Beachtung für Norden. Die Zahlstelle V. Zwirnmünderstraße 96 ist nach Zwirnmünderstraße 34 verlegt. In der Gartenstraße 152 bei Thomas ist eine Zahlstelle eingerichtet. Für Südwesten ist die Zahlstelle von Zubeltz, Lindenstraße 106, nach Markgrafstraße 102 bei Süss verlegt.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblich. Hilfsarbeiter Deutschl.
Mitglieder-Versammlung mit Frauen
 am Sonntag, den 8. Okt., nachm. 5 Uhr, Alte Jakobstr. 76 (Part. Saal).
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1899. 2. Naturerkenntnis und Weltfortschritt. Referent: Genosse O. Wollheim. 3. Diskussion. 4. Verbandsangelegenheiten.
 Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
 Die Mitglieder, welche im Besitz von Bissen zur Elternkarte waren, werden ersucht, in der Versammlung hiermit abzugeben.
 Die günstigsten Beobachtungen durch das Mikroskop-Verfahren sind vorzunehmen:
 Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 4 1/2 - 10 Uhr.
 Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 7 1/2 - 10 Uhr.
 Sonntag, den 5. November, nachmittags 3 1/2 - 4 1/2 Uhr.
 Sonntag, den 12. November, nachmittags 3 1/2 - 10 Uhr.
 Sonntag, den 19. November, nachmittags 6 1/2 - 10 Uhr.
 Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 3 - 10 Uhr.
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler, Tapezierer
 und verw. Berufsgenossen (Zentrale Berlin I).
 Am Sonntag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokale „Englischer Hof“, Neue Köhstr. 3:
Mitglieder-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Die Schäden der Hausindustrie“. Referentin: Frau Clara Haase. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bitten
 Der Vorstand.

Achtung! Rohrer. Achtung!
 Am Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Herrn Fritz Wilke, Andreasstraße 26:
Öffentliche Versammlung der Rohrer
 Berlin und Umgegend.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Rugen und Wert der Gewerkschafts-Organisation“. 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Rohrer zur Gründung eines Vereins? 4. Eventuelle Wahl eines provisorischen Vorstandes. 5. Verschiedenes.
 Reges Betheiligung erwartet
 Der Einberufer.

Samariter + Kurjus
 für Arbeiter und Arbeiterinnen.
Beginn
 des Winter-Kurjus 1899-1900
 am 9. Oktober in der Central-Redaktion „Dresdener Garten“, Dresdenstraße 45, und am 16. Oktober in der Filiale bei A. R e u m a n n, Brunnstraße 150. Beginn jedesmal abends 9 Uhr.
 Jeder Arbeiter und Arbeiterin ist hierzu eingeladen.
 Der Besuch der ersten beiden Uebungsabende steht jedem als Gast frei.
 Emil Stein, Vorsitzender, Georg Hellmuth, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 40. Berlin O., Panzstraße 22.

Verkaufe.
 Möbel, bar und Teilzahlung, billig! Frankfurter Allee 110, I. Ecke Köpenickerstraße. 1372*
 Möbel auf Teilzahlung Prinzessinnenstraße 62. 2871b
 Bettstühle, Stühle, Tische, Spinden, Spiegel, Küchenschrank sofort! Steinwegstraße 17 vom II. 115/20
 Bettstellen, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank, Sofa, Stühle, Spiegel, etc. etc. 1072*
 Angeschmückte Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Kleidermacher, sonst tabellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei: Wäsche, etc. etc. Alexanderstraße 30, Nordendhaus I. 1812*

Verkaufe.
 Bettstühle, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank sofort! Steinwegstraße 17 vom II. 115/20
 Bettstellen, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank, Sofa, Stühle, Spiegel, etc. etc. 1072*
 Angeschmückte Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Kleidermacher, sonst tabellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei: Wäsche, etc. etc. Alexanderstraße 30, Nordendhaus I. 1812*

Verkaufe.
 Bettstühle, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank sofort! Steinwegstraße 17 vom II. 115/20
 Bettstellen, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank, Sofa, Stühle, Spiegel, etc. etc. 1072*
 Angeschmückte Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Kleidermacher, sonst tabellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei: Wäsche, etc. etc. Alexanderstraße 30, Nordendhaus I. 1812*

Verkaufe.
 Bettstühle, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank sofort! Steinwegstraße 17 vom II. 115/20
 Bettstellen, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank, Sofa, Stühle, Spiegel, etc. etc. 1072*
 Angeschmückte Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Kleidermacher, sonst tabellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei: Wäsche, etc. etc. Alexanderstraße 30, Nordendhaus I. 1812*

Verkaufe.
 Bettstühle, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank sofort! Steinwegstraße 17 vom II. 115/20
 Bettstellen, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank, Sofa, Stühle, Spiegel, etc. etc. 1072*
 Angeschmückte Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Kleidermacher, sonst tabellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei: Wäsche, etc. etc. Alexanderstraße 30, Nordendhaus I. 1812*

Verkaufe.
 Bettstühle, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank sofort! Steinwegstraße 17 vom II. 115/20
 Bettstellen, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank, Sofa, Stühle, Spiegel, etc. etc. 1072*
 Angeschmückte Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Kleidermacher, sonst tabellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei: Wäsche, etc. etc. Alexanderstraße 30, Nordendhaus I. 1812*

Verkaufe.
 Bettstühle, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank sofort! Steinwegstraße 17 vom II. 115/20
 Bettstellen, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank, Sofa, Stühle, Spiegel, etc. etc. 1072*
 Angeschmückte Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Kleidermacher, sonst tabellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei: Wäsche, etc. etc. Alexanderstraße 30, Nordendhaus I. 1812*

Verkaufe.
 Bettstühle, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank sofort! Steinwegstraße 17 vom II. 115/20
 Bettstellen, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank, Sofa, Stühle, Spiegel, etc. etc. 1072*
 Angeschmückte Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Kleidermacher, sonst tabellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei: Wäsche, etc. etc. Alexanderstraße 30, Nordendhaus I. 1812*

Verkaufe.
 Bettstühle, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank sofort! Steinwegstraße 17 vom II. 115/20
 Bettstellen, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank, Sofa, Stühle, Spiegel, etc. etc. 1072*
 Angeschmückte Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Kleidermacher, sonst tabellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei: Wäsche, etc. etc. Alexanderstraße 30, Nordendhaus I. 1812*

Verkaufe.
 Bettstühle, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank sofort! Steinwegstraße 17 vom II. 115/20
 Bettstellen, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank, Sofa, Stühle, Spiegel, etc. etc. 1072*
 Angeschmückte Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Kleidermacher, sonst tabellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei: Wäsche, etc. etc. Alexanderstraße 30, Nordendhaus I. 1812*

Verkaufe.
 Bettstühle, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank sofort! Steinwegstraße 17 vom II. 115/20
 Bettstellen, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank, Sofa, Stühle, Spiegel, etc. etc. 1072*
 Angeschmückte Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Kleidermacher, sonst tabellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei: Wäsche, etc. etc. Alexanderstraße 30, Nordendhaus I. 1812*

Achtung! Achtung!
Mitglieder des Verbandes der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Berlin III).
 Sonntag, den 8. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokal von Kraus, Badstraße Nr. 12:
Versammlung.
 Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
 Um regen Besuch bitten
 Die Ortsverwaltung. J. A.: Otto Schmidt.

Tischler-Verein.
 Sonnabend, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1899. 2. Bericht über die Bibliothek. 3. Vereinsangelegenheiten. - Ausgabe der Biletts zu dem am 21. Oktober stattfindenden Stiftungsfest. - Mitgliedsbuch legitimiert. 199/5
 Der Vorstand.

Berein der Bauanschläger
 Berlin und Umgegend.
 Am Sonntag, den 8. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Buske, Grenadierstraße 33:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Berühmtes und Fragekasten. (33/11)
 Der Vorstand.
 Beiträge werden nur zwischen 10 bis 11 Uhr angenommen.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblich. Hilfsarbeiter Deutschl.
Mitglieder-Versammlung mit Frauen
 am Sonntag, den 8. Okt., nachm. 5 Uhr, Alte Jakobstr. 76 (Part. Saal).
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1899. 2. Naturerkenntnis und Weltfortschritt. Referent: Genosse O. Wollheim. 3. Diskussion. 4. Verbandsangelegenheiten.
 Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
 Die Mitglieder, welche im Besitz von Bissen zur Elternkarte waren, werden ersucht, in der Versammlung hiermit abzugeben.
 Die günstigsten Beobachtungen durch das Mikroskop-Verfahren sind vorzunehmen:
 Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 4 1/2 - 10 Uhr.
 Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 7 1/2 - 10 Uhr.
 Sonntag, den 5. November, nachmittags 3 1/2 - 4 1/2 Uhr.
 Sonntag, den 12. November, nachmittags 3 1/2 - 10 Uhr.
 Sonntag, den 19. November, nachmittags 6 1/2 - 10 Uhr.
 Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 3 - 10 Uhr.
 Die Ortsverwaltung.

Anker Brikets

Anerkannt vorzüglichste Qualität.
In allen besseren Kohlenhandlungen zu haben.

Schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose!
 Täglich viele Anerkennungen.
Herr Dr. H. schreibt:
 Ich habe während der Operation selbst als auch in der Folge keine Schmerzempfindung gehabt etc. etc.
Herr Justizrat R. schreibt u. a.:
 Bestätige Ihnen gern, dass ich nach Injektion einer Flüssigkeit beim Ausziehen eines Backenzahnes keinen Schmerz empfunden habe etc. etc.
jetzt: Brückenstr. 6^b L., an der Jannowitz-Brücke.
 Sprechst: 9-6, Sonntag 9-12. Telephon Amt VII. 4913.

Achtung! Achtung!
 Sonntag, den 8. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Lokale „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung
 der Zahlstelle Berlin I. des Centralverb. der Maurer Deutschlands.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Stand unserer Lohnbewegung und das Verhalten einzelner Kollegen und Mitglieder. 2. Vereinsangelegenheiten.
 Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.
 Die Lokalverwaltung.

Achtung! Achtung!
Bauarbeiter Rixdorf-Brig.
 Am Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 1 Uhr:
Öffentl. Versammlung.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
 J. A.: J. Klesan.

Gr. Männervortrag.
 Heute, Freitag, in „Sandsouci“, Rottduserstraße 4a, über
Geheime Leiden.
 Der Vortrag wird an großen Lichtbildern vom prof. Naturheilkundigen Grundmann erklärt und ist für Männer sehr wichtig. Gabe für 20 Pf. 1 Broschüre.
 Umfang 5/4 Uhr.
 Berliner Naturheil-Verein.

Unterrichten Sie sich!
 über das Mietrecht nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. Erschöpfende Auskunft hierüber giebt die Broschüre:
Die Rechte und Pflichten des Mieters
 von Rich. Lipinski. Preis einschließlich Porto 23 Pfennige. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den Verlag von Rich. Lipski, Leipzig, Reudnitzstraße 11.
 für die Ausgabe, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. (23762)
 Knabenstichzettel 1,50
 Herrenstichzettel 1,50
 Cylinderröhre 4,-
 Einsegnungshüte 1,25
 Filzhüte 7,00
 Chapeaux claque zu 8,-
 9,- u. 10,- etc.
 im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert
 Gut-Engros-Lager
 Waldemarstr. 44, pt.
 Kein Laden.

Unsinn ist Viel Geld

Anker-Brikets
 sind zu haben bei
Friedr. Daniel & Co.
 Anerkannt vorzüglichste Qualität
 Berlin W., Leibnizstr. 29.

Herzog's Ball-Salon
 Memelerstr. 57.
 Sonnabend, den 28. Oktober 1899, u. Sonntag, den 3. März 1900, ist mein ca. 400 Personen fassender Saal zusammen zu vergeben.
 Ernst Herzog.

Kleine Anzeigen.

Verkaufe.
 Möbel, bar und Teilzahlung, billig! Frankfurter Allee 110, I. Ecke Köpenickerstraße. 1372*
 Möbel auf Teilzahlung Prinzessinnenstraße 62. 2871b
 Bettstühle, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank sofort! Steinwegstraße 17 vom II. 115/20
 Bettstellen, Stühle, Tische, Spinden, Küchenschrank, Sofa, Stühle, Spiegel, etc. etc. 1072*
 Angeschmückte Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Kleidermacher, sonst tabellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei: Wäsche, etc. etc. Alexanderstraße 30, Nordendhaus I. 1812*

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Musk. Bekehrte stellt ein Dolar Geld, Postdirektor in Jüterbog. 2064b
Kletterer Gesangsverein sucht einen Dirigenten für Mittwoch. Offerten sind zu senden an Heinrich Engel, Wörlitzerstraße 38, vorn 4 Tr. 663b
Klempner für Gas und Wasser verlangt Sadmeberg, Dampfstraße 99.
Arbeiter verlangen Brandenburgstraße 20, Hof links portiere. 2081b
Mollner, tüchtige, Elisabethstr. 44 gesucht. 3083b
Junge Arbeiter suchen gesucht. A. V. Schulze, Domänenstraße 155.
Belegerinnen für Goldbleiben, auch solche, die es erlernen wollen, verlangt Gd. Duraynski, Neu-Weihensee, Streifenstraße 42. 182
Aravatten -Vorarbeiterinnen verlangt Suppe, Wienerstraße 58b, Gehaufgang. 173
Damenfragen, Mannweibinnen verlangen bei höchsten Preisen. Jannowski, Brunnenstraße 10, Gehaufgang. 76/19
Mädchen für die Küche, Ballstraße 10, Gehaufgang. 2000b
Einfaßfräsen, Wendefrauen, Hilfsfabrik, Randsbergstr. 92. 2087b
Trahbrikerinnen verlangt die Hilfsfabrik, Randsbergstr. 92. 2087b
Vogelweiden verlangt die Hilfsfabrik, Randsbergstr. 92. 2087b
Arbeiter verlangt Bergelberg, Polmannstraße 24. 30715

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
 Robert Wenzels, Frankstr. 30, 6.
 E. Vogel Wwe., Köpenickerstr. 53.
 Chr. Schulz, Blumenstr. 14.
Nordosten:
 J. Reul, Bernauerstr. 42.
Norden:
 W. Gahmann, Grünhellerstr. 55.
 Carl Marx, Rastanien-Allee 95/96.
 Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14.
 F. Dehland, Rühlengasse 24.
 G. Vogel, Deumstr. 32.
 A. Tich, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
 Carl Anders, Salzweberstr. 8.
Südwesten:
 F. Ohnforge, Bergmannstr. 23, 6. II.
 G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
 Hans Bank, Dönhofsstr. 52/53.
 G. Gutschmidt, Rottduserstr. 4a.
Südosten:
 Fritz Thiel, Salystr. 35.
 W. Geseke, Bräutigamstr. 58.
 Martin Welsch, Waldenstr. 21.
Centrum:
 G. Horsch, Gropstr. 77.
 A. Tich, Breilerstr. 23.
Charlottenburg:
 Gust. Scharnberg, Schillerstr. 94 I.
Friedenau:
 G. Bernice, Kirchstr. 15.
Friedrichsberg:
 Anton Köpp, Friedrichstr. 4.
Pankow:
 Kummer, Köler Friedrichstr. 15.
Rixdorf:
 G. Ostermann, Gröbstr. 6.
 G. Kretzer, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
 Wilh. Bäumer, Apollonstr. 13.
Weissensee:
 Heinrich Bachmann, Weidnerstr. 1.
 Julius Schiller, Königshausen 39a.
 Rob. Pichler, Waisenstr. 10.